



Stellungnahme zum Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	2
1. Beurteilung und Empfehlungen	2
2. Zur Stellungnahme des IWH.....	4
3. Förderempfehlung.....	4

Anlage A: Darstellung

Anlage B: Bewertungsbericht

Anlage C: Stellungnahme der Einrichtung zum Bewertungsbericht

Vorbemerkung

Der Senat der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz – Leibniz-Gemeinschaft – evaluiert in Abständen von höchstens sieben Jahren die Forschungseinrichtungen und die Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung, die auf der Grundlage der Ausführungsvereinbarung „Forschungseinrichtungen“¹ von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden. Diese Einrichtungen haben sich in der Leibniz-Gemeinschaft zusammengeschlossen. Die wissenschaftspolitischen Stellungnahmen des Senats werden vom Senatsausschuss Evaluierung vorbereitet, der für die Begutachtung der Einrichtungen Bewertungsgruppen mit unabhängigen Sachverständigen² einsetzt. Die Stellungnahme des Senats sowie eine Stellungnahme der zuständigen Fachressorts des Sitzlandes und des Bundes bilden in der Regel die Grundlage, auf der der Ausschuss Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) überprüft, ob die Einrichtung die Fördervoraussetzungen weiterhin erfüllt.

Auf der Grundlage der vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) eingereichten Unterlagen wurde eine Darstellung der Einrichtung erstellt, die mit dem IWH sowie den zuständigen Ressorts des Sitzlandes und des Bundes abgestimmt wurde (Anlage A). Die vom Senatsausschuss Evaluierung (SAE) eingesetzte Bewertungsgruppe hat das IWH am 13./14. Dezember 2006 besucht und daraufhin einen Bewertungsbericht erstellt (Anlage B). Auf der Grundlage dieses Bewertungsberichts und der vom IWH eingereichten Stellungnahme (Anlage C) erarbeitete der Senatsausschuss einen Vorschlag für die Senatsstellungnahme. Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat die Stellungnahme am 18. Juli 2007 erörtert und verabschiedet. Der Senat dankt den Mitgliedern der Bewertungsgruppe für ihre Arbeit.

1. Beurteilung und Empfehlungen

Der Senat schließt sich der Beurteilung und den Empfehlungen der Bewertungsgruppe an. Das IWH hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Es erbringt in weiten Teilen gute Leistungen in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung.

Das IWH befindet sich gegenwärtig in einer Übergangsphase. Der Ende 2004 nach einer längeren Vakanz der Leitungsposition an das Institut berufene Präsident hat eine inhaltliche und strukturelle Reform eingeleitet, die bereits zu einem erkennbaren Fortschritt geführt hat, aber noch nicht abgeschlossen ist. Mit seinem Amtsantritt hat sich eine stärkere Forschungsorientierung am Institut durchgesetzt, die von den Mitarbeitern erkennbar mitgetragen wird. Die Forschungsleistungen des Instituts zeigen in den letzten Jahren einen Aufwärtstrend. So ist die Anzahl der Publikationen moderat angestiegen, wobei Quantität und Qualität der Publikationsleistungen allerdings weiterhin verbesserungsbedürftig sind. Die Summe der in Wettbewerbsverfahren eingeworbenen Forschungsdrittmittel ist ebenfalls ansteigend, sie ist insbesondere im Hinblick auf DFG-Mittel aber immer noch zu gering und muss weiter erhöht werden. Die wissenschaftliche Kompetenz des Personals hat sich deutlich verbessert. Insbesondere hat es das IWH verstanden, auf der Postdoc-Ebene einige sehr qualifizierte Wissenschaftler anzuziehen, die zur Verbesserung der Forschungsleistungen maßgeblich beigetragen haben. Eine Reihe hoch motivierter Doktoranden mit sehr guter Ausbildung zeugt von der gestiegenen Attraktivität

¹ Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (AV-FE)

² Status- und Funktionsbezeichnungen, die in diesem Dokument in der männlichen oder weiblichen Sprachform verwendet werden, schließen die jeweils andere Sprachform ein.

des Instituts. Für die Entwicklung des wissenschaftlichen Personals hat das IWH klare und leistungsorientierte Regeln eingeführt.

Den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuorganisation des Instituts ist das IWH in wichtigen Punkten gefolgt. Unklare Zuordnungen von Themen zu Abteilungen wurden beseitigt, Abteilungszuschnitte verändert sowie abteilungsübergreifende Forschungsgruppen eingerichtet. Die Empfehlung, die Anzahl der Abteilungen zu reduzieren, wurde ebenfalls umgesetzt. Der Empfehlung, das Forschungsprogramm noch klarer auf die Untersuchung von Transformationsprozessen zu konzentrieren, ist das IWH dagegen nicht gefolgt. Vielmehr hat es sein Forschungsprogramm ausgeweitet und unter das neue Leitthema „Institutioneller Wandel und globale Integration“ gestellt. Das Institut begründet diese Erweiterung mit dem Hinweis, dass die Systemtransformation der früheren Zentralverwaltungswirtschaft in Mittel- und Osteuropa weitgehend abgeschlossen sei und zunehmend als Sonderfall des allgemeinen institutionellen Wandels begriffen werden müsse. Der Senat hält eine abschließende Beurteilung der strategischen Ausrichtung des Instituts zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für möglich. Er nimmt die Auffassung der Bewertungsgruppe zur Kenntnis, dass damit das zentrale Alleinstellungsmerkmal des Instituts verloren gehen könnte und die gegenwärtige Themenvielfalt größere konzeptionelle Zusammenhänge vermissen lasse. Das IWH sollte Sorge tragen, dass seine traditionellen Kernkompetenzen in der Transformations- und Posttransformationsforschung sichtbar bleiben. Als chancenreich für die weitere Profilierung sowie den Aufbau von komparativen Kompetenzvorteilen werden von den Gutachtern insbesondere die Forschungsfelder Struktur- und Stadtökonomik beurteilt.

In der Nachwuchsförderung muss sich das IWH weiter engagieren. Die Betreuung der Doktoranden ist zu verstärken und möglichst zu institutionalisieren. Erwägenswerte Möglichkeiten bestehen darin, Forschungsprofessuren einzurichten oder gemeinsam mit einer Universität eine *Graduate School* zu initiieren. Das Institut sollte sich intensiv bemühen, die Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) zu stärken. Sofern die MLU für eine solche Zusammenarbeit nicht zur Verfügung steht, sollte die Kooperation mit anderen Universitäten der Region intensiviert werden. Das Land Sachsen-Anhalt sollte in seiner Doppelfunktion als Träger der MLU und als Zuwendungsgeber des Instituts ein Interesse daran haben, dass Widerstände gegen eine Zusammenarbeit identifiziert und ausgeräumt werden.

Eine engagiertere Unterstützung des IWH seitens des Landes Sachsen-Anhalt ist unabdingbar. Das Land sollte einen Wechsel des IWH in die Zuständigkeit des Kultusministeriums in Erwägung ziehen, um der Forschungsorientierung des Instituts besser Rechnung tragen zu können. Die Vorgaben des federführenden Wirtschaftsministeriums zur Haushaltsbewirtschaftung widersprechen in Teilen den Beschlüssen der Regierungschefs von Bund und Ländern von 1997. Es sollte sichergestellt werden, dass nicht verausgabte Mittel grundsätzlich ins neue Haushaltsjahr übertragen werden können.

Nach Auffassung des Senats erfüllt das IWH die Anforderungen, die an Einrichtungen von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse zu stellen sind. Das IWH ist für die Untersuchung der ostdeutschen, aber auch der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung bedeutsam. Der Institutsstandort in Sachsen-Anhalt gibt dem IWH die Möglichkeit, den Transformationsprozess in Ostdeutschland sowie Mittel- und Osteuropa aus unmittelbarer Nähe zu beobachten und zu analysieren und die Untersuchungsergebnisse für die wirtschaftspolitische Beratung der Neuen Bundesländer zu nutzen. Mit seinem gut qualifizierten wissenschaftlichen Personal und der vom Präsidenten etablierten Forschungsorientie-

Das IWH verfügt über ein gutes Fundament, auf dem im Zuge der weiteren Entwicklung aufgebaut werden kann. Der Senat schließt sich der Auffassung der Bewertungsgruppe an, die gute Chancen für eine Fortsetzung der positiven Entwicklung der letzten Jahre sieht. Das IWH muss dazu das vorhandene Potential konsequent nutzen, um seine wissenschaftlichen Leistungen weiter zu steigern, und es muss sich mit einem Erfolg versprechenden Forschungsprofil im wissenschaftlichen Umfeld positionieren. Institutsleitung und Wissenschaftlicher Beirat sollten umgehend in eine intensive Diskussion der entsprechenden Empfehlungen der Bewertungsgruppe eintreten. Der Wissenschaftliche Beirat sollte die weitere Entwicklung des Instituts intensiver als bisher begleiten.

Eine Eingliederung des IWH in eine Universität wird nicht empfohlen. Der Arbeitsauftrag des Instituts kann nur in entsprechend vernetzten und betriebsförmig organisierten Strukturen erfüllt werden.

2. Zur Stellungnahme des IWH

Das IWH hat zum Bewertungsbericht Stellung genommen (Anlage C). Das Institut nimmt die Anregungen der Bewertungsgruppe positiv auf und versteht sie als Empfehlungen zur weiteren Stärkung des wissenschaftlichen Forschungsprofils. Die Empfehlung zur stärkeren strategischen Ausrichtung der Forschung auf Transformations- und Posttransformationsökonomik wird das Institut zusammen mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Vorstandsrat sorgfältig prüfen.

Der Senat begrüßt die positive Aufnahme des Bewertungsberichts durch das IWH und den konstruktiven Umgang mit den Empfehlungen.

3. Förderempfehlung

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfiehlt Bund und Ländern, das IWH als Forschungseinrichtung auf der Grundlage der Ausführungsvereinbarung „Forschungseinrichtungen“ weiter zu fördern.

Er wird im Jahre 2010 durch eine erneute Evaluierung des IWH überprüfen, ob sich die positive Entwicklung der wissenschaftlichen Leistung fortgesetzt hat und ob es dem Institut gelungen ist, sich mit einem Erfolg versprechenden Forschungsprofil im wissenschaftlichen Umfeld zu positionieren.

Anlage A: Darstellung

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)¹

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	A-2
1. Entwicklung und Förderung.....	A-4
2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und fachliches Umfeld.....	A-4
3. Struktur und Organisation.....	A-9
4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal	A-11
5. Nachwuchsförderung und Kooperation	A-12
6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz	A-14
7. Empfehlungen des Wissenschaftsrates und ihre Umsetzung	A-16
Anhang	
Organigramm	A-20
Einnahmen und Ausgaben	A-21
Drittmittel	A-22
Beschäftigungspositionen nach Mittelherkunft	A-24
Beschäftigungspositionen nach Organisationseinheiten.....	A-25
Beschäftigungsverhältnisse.....	A-26
Veröffentlichungen	A-27
Liste der eingereichten Unterlagen	A-29

¹ Diese Darstellung wurde mit der Einrichtung sowie mit den zuständigen Ressorts des Sitzlandes und des Bundes abgestimmt.

Abkürzungsverzeichnis

ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
BAT-O	Bundesangestelltentarifvertrag-Ost
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
CEEC	<i>Central and Eastern European Countries</i>
CEIES	Europäischer Beratender Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich
CEN	Europäisches Komitee für Normung
CENELEC	Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung
CEPII	<i>Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales</i>
CIRANO	<i>Centre Interuniversitaire de Recherche en Analyse des Organisations</i>
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIN	Deutsches Institut für Normung
DIW Berlin	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DKE	Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik im DIN und VDE
DNS	Deutsche Normungsstrategie
EACES	<i>European Association for Comparative Economic Studies</i>
EconLit	<i>The American Economic Association's electronic bibliography of economics literature</i>
FRP	Forschungsrahmenprogramm der EU
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAER	<i>International Advances in Economic Research</i>
IAMO	Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa
IEP	Institut für Europäische Politik, Berlin
IfW	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
ISI	<i>Institute for Scientific Information</i>
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MLU	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
MOE	Mittel- und Osteuropa
MPI	Max-Planck-Institut
OPAC	<i>Online Public Access Catalogue</i>
PRODGAP	Projekt: <i>EU Integration and the Prospects for Catch-Up Development in CEEC – The Determinants of the Productivity Gap</i>

SCC	<i>Standards Council of Canada</i>
SSCI	<i>Social Sciences Citation Index</i>
TU	Technische Universität
U-Know	<i>Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union</i>
WGL	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
WTO	Welthandelsorganisation
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

1. Entwicklung und Förderung

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde 1992 durch eine Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt zur gemeinsamen Förderung eines Instituts für empirische wirtschaftswissenschaftliche Forschung gegründet. Dem voraus gingen Empfehlungen des Wissenschaftsrates, der im Rahmen der Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften in den Neuen Bundesländern Bedarf für ein Institut der angewandten empirischen Wirtschaftsforschung festgestellt hatte.² In diesem Zusammenhang empfahl er, das Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften (ZIW) der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR aufzulösen und ein Institut für empirische Wirtschaftsforschung in den Neuen Bundesländern neu zu gründen. Das IWH war zunächst in Berlin angesiedelt, zum Jahresbeginn 1994 fand der Umzug nach Halle statt.

Seit 1992 wird das IWH als Forschungseinrichtung auf der Grundlage der Ausführungsvereinbarung „Forschungseinrichtungen“³ von Bund und Ländern gemeinsam gefördert. Die fachliche Zuständigkeit auf Seiten des Sitzlandes liegt beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, auf Seiten des Bundes beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Das IWH wurde vom Wissenschaftsrat zuletzt im Jahre 1999 evaluiert. Auf der Grundlage der Stellungnahme des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 2000 und einer gemeinsamen Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt sowie des Bundesministeriums der Finanzen stellte der Ausschuss Forschungsförderung der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) auf seiner Sitzung am 09. Mai 2000 fest, dass das IWH die Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder weiterhin erfüllt.

2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und fachliches Umfeld

Das IWH sieht seine primäre Aufgabe in der Bearbeitung von Fragestellungen, die grundsätzliche Relevanz für die Wirtschaftspolitik auf der Ebene Europas, Deutschlands und der Bundesländer aufweisen. Entsprechend dem Gründungsauftrag des IWH von 1992 und dem Votum des Wissenschaftsrates besitzt die Analyse der ökonomischen Probleme der Neuen Bundesländer, das Darlegen wirtschaftspolitischer Optionen und das Aufzeigen künftiger Entwicklungschancen eine besondere Bedeutung: Der Wandel institutioneller Rahmenbedingungen in den Neuen Bundesländern stellte diese vor Anpassungsprozesse regionaler, sektoraler und globaler Art in einem bis dahin nicht gekannten Umfang und damit auch vor erhebliche ordnungs-, finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Probleme. Weiterhin sollte das Institut die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion analysieren und bewerten.

Die Veränderungen der globalen Rahmenbedingungen, insbesondere der internationalen Arbeitsteilung, die späteren Empfehlungen von Wissenschaftsrat und Wissenschaftlichem Beirat

² Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Köln 1992, S. 31-37

³ Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (AV-FE)

sowie die Entwicklung in den Wirtschaftswissenschaften führten zu Anpassungen des Forschungsprogramms des IWH. Nach der Evaluierung im Jahre 1999 begann das Institut verstärkt, sich Fragen des institutionellen und strukturellen Wandels vor dem Hintergrund der globalen Integration sowie der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union zu widmen. Der Wechsel im Präsidentenamt im November 2004 förderte diese Neuausrichtung weiter. Mit den Anpassungen im Forschungsprofil soll den gesellschaftlichen Herausforderungen einer zunehmenden Ökonomisierung infolge der weltwirtschaftlichen Integration Rechnung getragen werden. Diese erzeugt einen Anpassungsdruck ähnlichen Umfangs wie zur Zeit der Industrialisierung und der ersten Globalisierungsphase im 19. Jahrhundert. Die wirtschaftspolitischen Antworten auf die neuen Herausforderungen müssen allerdings anders ausfallen, weil Deutschland und die anderen europäischen Industrieländer mit einer rapide alternden Bevölkerung konfrontiert sind. Nach Auffassung des IWH hat hingegen die Transformation von Zentralverwaltungswirtschaften zu Marktwirtschaften für Wirtschaftspolitik und Forschung an Bedeutung eingebüßt und ordnet sich zunehmend in den institutionellen Wandel und – aus Sicht der Wirtschaftspolitik – in den internationalen Standortwettbewerb ein. Vor diesem Hintergrund steht das Forschungsprogramm des IWH unter dem Generalthema „Institutioneller Wandel und globale Integration“ als den wesentlichen Herausforderungen der künftigen Wirtschaftspolitik. Diese entzieht sich laut IWH zunehmend der Gestaltungskraft des Nationalstaats, so dass das wirtschaftspolitische Handeln übernationaler Ebenen wie der EU oder der WTO zunimmt. Soweit Forschungsthemen des Instituts sich mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung im engeren regionalen Umkreis befassen, wird darauf geachtet, dass diese überregional verallgemeinerungsfähig sind. Dies gilt insbesondere auch für die „Ostdeutschlandforschung“ am Institut, die in Fortentwicklung des früheren Institutsprofils heute nicht mehr primär unter dem Aspekt der Transformation ehemals sozialistischer Volkswirtschaften, sondern als ein Anwendungsfall für regionalökonomische Theorien gesehen wird. Die hier eingebetteten Forschungsthemen, vor allem auch zum Arbeitsmarkt, spielen eine wichtige Rolle im Rahmen der Politikberatung. Darüber hinaus zielt ein kleinerer Teil der Forschungen des Instituts darauf ab, empirische Indikatoren und Methoden neu- und weiterzuentwickeln. Diese Arbeiten werden vor allem im überregionalen wissenschaftlichen Umfeld kommuniziert. Ziel ist es, durch Kooperationen in den Bereichen, in denen dies für das Institut aus methodischen Gründen essentiell ist – beispielsweise in bestimmten Bereichen der Makro- und der Mikroökonomie –, mit internationalen Spitzenforschern Netzwerke aufzubauen.

Tragende Bestandteile der Organisationsstruktur sind die **Abteilungen**, die über die Betreuung eines speziellen Schwerpunkts ökonomischer Forschung hinaus die disziplinäre Qualifikation der Mitarbeiter⁴ sichern sollen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Arbeitsschwerpunkte:

- (1) *Abteilung „Makroökonomik“*: Die Abteilung analysiert neuere gesamtwirtschaftliche Entwicklungen sowie deren Konsequenzen für die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik. Der Fokus liegt vor allem auf dem europäischen und dem deutschen Raum, wobei auch makroökonomische Anpassungsprozesse in den Neuen Bundesländern verfolgt werden. Neben eigenen Prognosen und der Mitarbeit an der Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute sind hier die Erhebungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Neuen Bundesländern zu nennen. Zur Unterstützung der Prognose-tätigkeit setzt die Abteilung makroökonomische Konjunkturmodelle für Deutschland

⁴ Status- und Funktionsbezeichnungen, die in diesem Dokument in der männlichen oder weiblichen Sprachform verwendet werden, schließen die jeweils andere Sprachform ein.

und für die Euroregion ein. Seit der vergangenen Evaluierung wurde in dieser Abteilung die makroökonomische Arbeitsmarktkompetenz gestärkt, so dass auch Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte vertieft bearbeitet werden können.

- (2) *Abteilung „Strukturökonomik“*: Die Abteilung untersucht die regionalen und sektoralen Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Entwicklung, auch vor dem Hintergrund demographischer Prozesse und der Lage regionaler Arbeitsmärkte. Diese Thematik wird ergänzt um Aspekte der Finanzverfassung und um die Wirkungsanalyse wirtschaftspolitischer Maßnahmen, insbesondere in Ostdeutschland. Diese Forschung und die darauf aufbauende wirtschaftspolitische Beratung sind nach wie vor Profil bildend für die Arbeiten des Instituts. Grund für die fortgesetzte Bearbeitung dieses Themenfelds ist neben den weiterbestehenden „Führungsvorteilen“ insbesondere die Überzeugung, dass der „Aufbau Ost“ eine über den regionalen Bezug hinausgehende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aufweist, wie sich beispielsweise an den finanzpolitischen Belastungen auch im Westen zeigt. Darüber hinaus nehmen die Neuen Bundesländer nach Einschätzung des IWH in mehrerer Hinsicht (demographischer Wandel, Auswirkungen von Deregulierungsmaßnahmen) kommende Entwicklungen in Westdeutschland und anderen Teilen Europas vorweg. In dieser Abteilung sind die sektoralen und die regionalen Kompetenzen des Instituts gebündelt, die zuvor auf zwei Abteilungen verteilt waren.
- (3) *Abteilung „Industrieökonomik“*: In dieser im Jahre 2005 neu eingerichteten Abteilung werden die Fragen von Wettbewerb, Marktmacht und staatlicher Regulierung einschließlich der zugehörigen institutionellen Umfeldbedingungen behandelt. Schwerpunkte liegen in der Analyse der leitungsgebundenen Systeme und der modernen Informations- und Kommunikationsstrukturen. Dabei spielt die Frage, wie effiziente Regulierungsregime aufzubauen sind, eine wichtige wissenschaftliche wie auch wirtschaftspolitische Rolle. Weiterhin werden Fragen des Risikomanagements beleuchtet. Hierzu zählen Regulierungsrisiken, für deren Bearbeitung das IWH eine Kernkompetenz in Anspruch nimmt. Schließlich wird die Bedeutung intellektueller Eigentumsrechte, auch im Rahmen des Patentwesens und der Standardisierung, betrachtet.
- (4) *Abteilung „Stadtökonomik“*: Die Abteilung befasst sich mit der Entwicklung von Städten als Siedlungssystem und als Anbieter von infrastrukturellen Leistungen. In die Forschung einbezogen sind auch Probleme des Stadtumbaus in Ostdeutschland sowie die institutionelle Neuausrichtung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit bei Leistungen der sogenannten Daseinsvorsorge. Seit dem Jahre 2005 konzentriert sich die Abteilung entsprechend den Empfehlungen von Wissenschaftsrat und Wissenschaftlichem Beirat auf den Bereich der *urban economics*, insbesondere auch auf Aspekte der Städte als innovative Milieus, des kommunalen Steuersystems und der städtischen Infrastrukturen.

Weiterhin existieren mittelfristig angelegte Projektgruppen, die von einem besonders qualifizierten Wissenschaftler („*Senior Economist*“) geleitet werden und abteilungsübergreifende Spezialthemen bearbeiten. Diese Themen reichen zwar über das Profil einzelner Abteilungen hinaus, ordnen sich aber in das übergreifende Thema „Institutioneller Wandel und globale Integration“ ein. Gegenwärtig gibt es fünf Projektgruppen mit folgenden **Forschungsschwerpunkten**:

- (1) *Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen*: Die Veränderung der globalen Arbeitsteilung erzeugt Anpassungsdruck, bewirkt damit eine relative Verschlechterung der Entlohnung gering qualifizierter Arbeit und beschleunigt den Zerfall von „Normarbeitsverhältnissen“. Dieser Prozess wird aus sektoraler und regionaler Sicht untersucht, um Erkenntnisse über die künftige Entwicklung der Sozialen Sicherungssysteme und der Einkommen zu gewinnen.
- (2) *Internationale Integration*: Dieser Schwerpunkt untersucht unternehmensbezogene Aspekte der weltwirtschaftlichen Integration. Hier sind institutionelle Arrangements von besonderem Interesse, welche den weltweiten Ressourcentransfer innerhalb multinationaler Unternehmen und Banken regeln und die Möglichkeiten zur Ausschöpfung potentieller Vorteile der internationalen Integration beeinflussen.
- (3) *Regulierung*: Dieser Schwerpunkt untersucht die Faktoren, die die Werthaltigkeit von Vermögensgütern, insbesondere von Unternehmen, vor dem Hintergrund der Markt- und Wettbewerbseingriffe des Staates beeinflussen. Regulierungsrisiken existieren beispielsweise in den Netzsektoren, aber auch im Gesundheitswesen oder im Bereich der Stadtentwicklung.
- (4) *Wissen und Innovation*: Das zentrale Anliegen dieses Forschungsschwerpunkts ist die Analyse der Bedingungen und der Effekte des Generierens und Verbreitens von Wissen und Innovationen als wesentliche Beiträge des technischen Fortschritts und des Wachstums. Besondere Berücksichtigung findet die Analyse der durch multinationale Unternehmen vermittelten Technologietransfer- und *Spillover*-Mechanismen.
- (5) *Prognosemethodik 2010*: Der Schwerpunkt koordiniert die Weiterentwicklung der am Institut verwendeten Prognosemethoden. Dabei geht es neben der Arbeit an den Konjunkturmodellen, die in der Abteilung „Makroökonomik“ genutzt werden, um die Weiterentwicklung von Instrumenten für mittel- und langfristige Prognosen sowie um Simulationen, in die auch Kompetenzen aus anderen Bereichen, beispielsweise aus der Demographie, der Netzökonomik oder der Wissensökonomik, einfließen.

Das IWH sieht sich als ein Institut der **wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung**. Zur Erfüllung dieser Aufgabe strebt das Institut an, sowohl durch direkte Politikberatung als auch durch Publikationen in Zeitschriften mit Nähe zur Wirtschaftspolitik sowie in anderen Medien präsent zu sein. Politikberatung setzt ferner nicht nur den Rahmen für die vom Institut bearbeiteten Themen und die angestrebten Erkenntnisziele, sondern erfordert auch eine hohe Qualität der Forschungsergebnisse. Das IWH will in Zukunft eine starke Publikationsleistung in der Wissenschaftsgemeinschaft erreichen. Um diese zu sichern, hat das IWH in den vergangenen Jahren seine interne Qualitätskontrolle ausgebaut.

Schließlich besitzen sowohl die Nutzung sekundärstatistischer Materials als auch die eigene Datengewinnung eine hohe Bedeutung am IWH; daher werden gegenwärtig neue Wege in der Datengewinnung für die eigenen empirischen Untersuchungen beschritten.

Zur **überregionalen Bedeutung** des Instituts führt das IWH aus, dass es seine primäre Aufgabe darin sieht, Fragestellungen zu bearbeiten, die grundsätzliche Relevanz für die Politik auf europäischer, nationaler und landespolitischer Ebene aufweisen. Stellungnahmen des Instituts zu wichtigen wirtschaftspolitischen Themen in der öffentlichen Debatte stießen auf Resonanz; Forschungsergebnisse und Empfehlungen des Instituts seien bereits in praktische Politik umgesetzt worden, so etwa mit Blick auf die Förderpolitik in den Neuen Bundesländern oder die

Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus wird die Expertise des IWH in nationalen und internationalen Expertenkommissionen nachgefragt.

Das **gesamtstaatliche wissenschaftspolitische Interesse** an der Arbeit des IWH ergibt sich nach Ansicht des Instituts zum einen gegenüber der rein universitären Forschung aus der regelmäßigen Verknüpfung von wissenschaftlicher Arbeit und wirtschaftspolitischer Beratung. Zum anderen bestehe ein wissenschaftspolitisches Interesse daran, die empirische Wirtschaftsforschung in den Neuen Bundesländern aufrechtzuerhalten, um auf diese Weise eine Vernetzung von universitärer und anwendungsbezogener Forschung auch in Ostdeutschland zu erreichen. Erfahrungen anderer außeruniversitärer Institute zeigen, dass entsprechende Kooperationsbeziehungen für beide Seiten von hohem Nutzen sind. Auch aus diesem Grund verstärkt das IWH mit der Initiierung eines „Mitteldeutschen Forschungsnetzwerks“ die bestehenden Beziehungen mit den umliegenden Universitäten und wird sie durch Kooperationsvereinbarungen absichern.

Den Unterschied zwischen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung an den **außeruniversitären Forschungsinstituten** und der an den Universitäten sieht das IWH darin, dass die außeruniversitären Institute mit wirtschaftspolitisch relevanter, empirisch gestützter Forschung beauftragt sind. Die Verknüpfung von theoretischer Fragestellung und wirtschaftspolitischer Anwendung auf der Grundlage empirischer Untersuchungen ermöglicht nach Ansicht des Instituts eine wissenschaftlich begründete Beratung. Angewandte Forschung erfordert institutionelles und wirtschaftsstatistisches Erfahrungswissen. Dieses Wissen erzwingt eine „lernende“ Organisationsstruktur, die implizites Wissen auf eine breite, allgemeine und explizite Grundlage stellt. Die Lehrstuhlstruktur der Universitäten ist nach Ansicht des IWH darauf nicht ausgerichtet. Der höhere Anteil von dauerhaft beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeitern und die typischerweise längere Ausschöpfung der Befristungsmöglichkeiten haben eine größere personelle Konstanz zur Folge.

Belege für die **nationale und internationale Bedeutung** sind laut IWH u. a. die steigende Anzahl an Kooperationsanfragen und Einladungen zu Konferenzen, die stärkere Präsenz in referierten Zeitschriften und in nationalen und internationalen Wissenschaftsorganisationen sowie die intensive Einbindung in internationale Netzwerke. So baut das IWH im „Mitteldeutschen Forschungsnetzwerk“ seine Kooperationsbeziehungen mit den umliegenden Universitäten aus. Überdies werden die Kooperationen gegenwärtig nach Nordamerika ausgedehnt.

Aus der Sicht des Instituts gründet sich die positive Resonanz der Wissenschaftsgemeinschaft auf die Arbeitsergebnisse des IWH traditionell auf die Singularität der auf die Neuen Bundesländer gerichteten Fragestellungen. Beispielhaft hierfür seien die Aussagen zu den Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland. Durch die Betonung der realwirtschaftlichen Implikationen des demographischen Wandels hebt sich das IWH dabei von anderen Forschungsinstitutionen mit ähnlichem Forschungsfeld (in Deutschland zum Beispiel das Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock) ab.

Das IWH vergleicht sich mit den außeruniversitären wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten, die ein thematisch ähnlich breit aufgestelltes Forschungsprogramm haben wie das IWH – so etwa das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW). Zwar gibt es thematische Überschneidungen mit diesen drei Instituten, aber das IWH sei hinsichtlich methodischer und inhaltlicher Teilaspekte anders ausgerichtet.

Dies finde seinen Ausdruck zum Beispiel in der Innovationsforschung im struktur- und industrie-ökonomischen Kontext im internationalen Verbund, in der übergreifenden Regulierungsforschung für alle Bereiche und deren Verknüpfung von Regulierung mit Risiko ("*Regulatory Risk*"), in den Forschungen zum Aufhol- und Integrationsprozess Ostdeutschlands auf der Makro-, Meso- und der Mikroebene sowie in der Stadtforschung als integrative Betrachtung der Städte als Ausgangspunkte für Innovations- und Wachstumsprozesse. International vergleichbare Einrichtungen sind das *Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales* (CEPII, Paris), das *Centre Interuniversitaire de Recherche en Analyse des Organisations* (CIRANO) in Montreal oder das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW).

Ein langfristiges Ziel des IWH ist es, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in den Neuen Bundesländern in die europäische und internationale Forschung fest einzubetten und damit die Stärken seiner regionalen Position zu nutzen. Dies erfordert den weiteren Ausbau europäischer Forschungsnetzwerke und die Kooperationen mit Hochschulen im mitteldeutschen Raum. Daher hat das IWH einen Schwerpunkt seiner Akquisition von Forschungsdrittmitteln bei Netzwerk bildenden EU-Projekten angesiedelt.

3. Struktur und Organisation

Das IWH hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Gemäß Satzung verfügt das Institut über folgende Organe: die Mitgliederversammlung, den Vorstandsrat und den Vorstand. Der **Mitgliederversammlung** obliegen u. a. die Wahl der Mitglieder des Vorstandsrats sowie die Beschlussfassung zu Wirtschaftsplan und Satzungsänderungen. Der **Vorstandsrat** hat gegenüber dem Vorstand Aufsichts- und Beratungsfunktion. Dem Gremium gehören bis zu 15 Mitglieder an, u. a. Vertreter des Sitzlands sowie des Bundesressorts, ein Vertreter der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) sowie der Sprecher des Kollegiums des IWH. Das Gremium wählt die Vorstandsmitglieder, bestellt die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats, berät das Forschungsprogramm, den Wirtschaftsplan, das Programmbudget und den Jahresabschluss.

Das Institut wird durch den **Vorstand** geleitet, der aus dem Präsidenten und dem administrativen Geschäftsführer besteht. Der Vorstand setzt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstandsrats um; er ist insbesondere verantwortlich für das Institutspersonal, für die Aufstellung von Wirtschaftsplan und Jahresrechnung, für die Erstellung des Tätigkeitsberichts, des Forschungsprogramms sowie der jährlichen Arbeitsplanung. Die wissenschaftliche Leitung erfolgt durch den Präsidenten unter Mitwirkung des Kollegiums. Das **Kollegium** besteht aus dem Vorstand, dem Forschungsdirektor und allen wissenschaftlichen Abteilungsleitern sowie bis zu zwei kooptierten wissenschaftlichen Mitarbeitern. Das Kollegium berät den Vorstand. Das Gremium hat Anhörungsrechte bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans und des Forschungsplans sowie vor der Einstellung von Abteilungsleitern und der Wahl der Vorstandsmitglieder.

Der **Präsident** wurde gemeinsam mit der MLU berufen und leitet das Institut im Hauptamt seit November 2004. Seit der Neuberufung des Präsidenten hat der Vorstand bis zum Frühjahr 2006 eine tiefgreifende thematische und strukturelle Reorganisation des Instituts durchgeführt. Die Anzahl der Forschungsabteilungen wurde von fünf auf vier reduziert, daneben wurden fünf zeitlich befristete abteilungsübergreifende Forschungsschwerpunkte eingerichtet. Das inhaltliche Spektrum der Institutsarbeit wurde auf den Bereich Industrieökonomik ausgedehnt. Darüber hinaus wurde die Funktion eines Forschungsdirektors zur Koordinierung und Sicherung der

Qualität der Forschungsarbeit eingerichtet. Der Forschungsdirektor ist für das interne Qualitätsmanagement, die Programmplanung und -budgetierung sowie das Forschungscontrolling zuständig. Der administrative Geschäftsführer leitet den Servicebereich des Instituts mit Bibliothek, Datenverarbeitung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung.

Das Institut verfügt über einen **Wissenschaftlichen Beirat** mit derzeit sechs Mitgliedern. Die Beiratsmitglieder werden für einen Zeitraum von vier Jahren vom Vorstandsrat berufen. Eine einmalige Wiederberufung ist möglich. Der Beirat hat die Aufgabe, die Arbeit des Instituts zu begleiten und regelmäßig zu bewerten. Insbesondere ist ihm der Forschungsplan, das Programmbudget und das jährliche Arbeitsprogramm zur Stellungnahme vorzulegen.

Maßgeblich für die **Entwicklung des Arbeitsprogramms** sind Herausforderungen in der aktuellen Wirtschaftspolitik sowie Erwartungen über künftige Problemstellungen und wissenschaftliche Fragen, die sich aus der Dynamik des Wissensgebiets ergeben. Diese Themen werden im Diskurs zwischen den Mitarbeitern und der Leitungsebene entwickelt. Das Institut erhält auch durch die gezielte Personalauswahl neue Forschungsideen. Weitere Impulsgeber sind zum Beispiel das Forschungs- und Publikationsseminar, das Ökonometrieseminar sowie das Gutachtergremium der hauseigenen Monatszeitschrift *Wirtschaft im Wandel*.

Neue wissenschaftliche Themen und Projektideen werden an den strukturellen und personellen Kompetenzen des Instituts gespiegelt, um sie dann in den Forschungsplan und das Programmbudget zu überführen. Daraus ergibt sich gegebenenfalls das Erfordernis, personelle Ergänzungen vorzunehmen beziehungsweise die Kompetenzen des vorhandenen Personals zu erweitern. Das Arbeitsprogramm wird vom Vorstand nach Abstimmung mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Vorstandsrat beschlossen.

Die **Qualitätssicherung** des IWH bezieht sich auf Inputs, Prozesse und Arbeitsergebnisse. Zur Verbesserung der Qualitätssicherung wurden nach der letzten Evaluierung Stellen für einen Forschungsdirektor, einen Chefökonomiker sowie einen Beauftragten für Datenorganisation und Befragungen geschaffen. Der Forschungsdirektor ist u. a. zuständig für die Durchführung des Forschungscontrolling, das sich auf den Soll-Ist-Vergleich bei den Forschungsleistungen richtet (beispielsweise bei Gutachten und referierten Publikationen). Die Qualitätssicherung erfolgt im Wesentlichen durch eine interne Evaluierung der Forschung. Diese umfasst eine abteilungsübergreifende Analyse von Gutachten und Anträgen sowie die Ausrichtung der Publikationstätigkeit auf referierte Zeitschriften und Monographien. Mittelfristig soll die interne Bewertung der Arbeitsergebnisse einzelner Wissenschaftler Entscheidungsgrundlagen für die Personalpolitik liefern, insbesondere im Hinblick auf die Verlängerung oder Entfristung von Arbeitsverträgen. Darüber hinaus erfolgt ein Abgleich von Ressourcen und Arbeitsplanung der einzelnen Abteilungen, um frühzeitig qualitätsrelevante Schwachstellen in der Forschung aufzudecken. Ferner erfolgt die Qualitätssicherung durch Vermittlung von Wissen über adäquate quantitative Methoden und deren Anwendung durch den Chefökonomiker und in den Ökonometrieseminaren. Die Qualitätssicherung innerhalb der Abteilungen fußt vor allem auf der Berichtspflicht gegenüber den Abteilungsleitern. Sowohl die *IWH-Diskussionspapiere* als auch die hauseigene Zeitschrift *Wirtschaft im Wandel* unterliegen einem internen Begutachtungsverfahren. Im Falle der Zeitschrift gehören dem Gutachtergremium der Präsident, die Abteilungsleiter, ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Referent für Öffentlichkeitsarbeit, der Forschungsdirektor sowie der Chefökonomiker an. Entscheidungskriterien für die Annahme eines Manuskripts sind die wirtschaftspolitische Relevanz der vorgelegten Forschungsergebnisse, die theoretische Fundierung, die Adäquanz von Inhalt und Methode sowie der Bezug zu bisherigen Forschungsergebnissen.

Im Juli 2006 hat das IWH eine **Gleichstellungsbeauftragte** bestellt. Der Frauenanteil im wissenschaftlichen Bereich betrug im Jahre 2005 35,3 %. Gegenwärtig haben Frauen keine Leitungspositionen am IWH inne. Eine der fünf neu geschaffenen Positionen für *Senior Economists*, die mit Projektleitungsaufgaben verbunden sind und auf zukünftige Führungspositionen vorbereiten sollen, wurde mit einer Frau besetzt.

Das IWH bemüht sich, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Beschäftigten aktiv zu unterstützen, so etwa durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten aus Gründen der Kinderbetreuung. Im Jahre 2005 machten sieben Mitarbeiterinnen davon Gebrauch. Eine eigene Kinderbetreuung wird am IWH nicht angeboten, weil das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen am Institutsstandort als ausreichend erachtet wird.

4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal

Die **Gesamteinnahmen** des IWH betragen im Jahre 2005 ca. 5,2 Mio. €. Sie setzen sich zu 80 % aus institutioneller Förderung und zu 20 % aus der Förderung durch Dritte zusammen. Die im wettbewerblichen Verfahren der Antragsforschung eingenommenen Forschungsdrittmittel beliefen sich auf 14 % der Drittmittel insgesamt und kamen ausschließlich von der **EU**. In der Einwerbung von EU-Projekten im 5. und 6. Forschungsrahmenprogramm war das IWH nach eigener Einschätzung erfolgreich. Dieser Anteil soll in den kommenden Jahren auf ca. 20 % der Drittmittel erhöht werden. Einschließlich der durchlaufenden Finanzposten bei den EU-Netzwerkprojekten belaufen sich die Einnahmen auf nahezu eine Mio. € im Jahre 2005. Das IWH weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass EU-geförderte Netzwerkprojekte einen hohen finanziellen Eigenanteil von der ausführenden Forschungseinrichtung benötigen, während Aufträge aus öffentlicher Hand vom IWH nach dem Vollkostenprinzip kalkuliert werden. Demgegenüber steht, dass EU-geförderte Netzwerkprojekte aus wissenschaftlicher Sicht erhebliche externe Effekte durch die geforderte Internationalisierung bieten.

Im Berichtszeitraum wurden keine **DFG**-Projekte eingeworben; ebenso wurden keine Anträge auf DFG-Förderung gestellt. Das IWH beabsichtigt jedoch, künftig Drittmittel auch bei Stiftungen und der DFG zu beantragen.

86 % der Drittmittel stammten im Jahre 2005 aus der **Auftragsforschung**. Die Auftragsforschung dient der wirtschaftspolitischen Beratung vornehmlich von Bundes- und Länderministerien sowie regionalen Gebietskörperschaften und ist für das Institut von großer Bedeutung.

Das IWH hat erstmals für das Jahr 2006 ein Programmbudget vorgelegt. Da eine vollständige Anwendung der BLK-Richtlinien wegen der entgegenstehenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Sitzlandes bezüglich der Flexibilisierung (Stellenplan, überjährige Mittelübertragbarkeit, vollständige Deckungsfähigkeit, Rücklagenbildung) noch nicht möglich ist, stellt das IWH zusätzlich den herkömmlichen Wirtschaftsplan für die institutionelle Finanzierung auf.

Die **Ausstattung im Sachmittelbereich** wird vom IWH als ausreichend angesehen. Durch die Deckungsfähigkeit der Mittel innerhalb und in Höhe von 10 % zwischen den Ausgabenblöcken können etwaige Budgetengpässe in der Regel aufgefangen werden. Mittelübertragungen ins nächste Haushaltsjahr sind im Sachmittel- und Investitionsbereich grundsätzlich möglich, bedürfen jedoch der Genehmigung des Zuwendungsgebers. Der Schwerpunkt bei den Investitionsmitteln liegt nach wie vor im EDV-Bereich. Infolge der unbeschränkten Deckungsfähigkeit der EDV-Titel (Sachmittel und Investitionen) untereinander sowie der in diesem Bereich auf Antrag

genehmigungsfähigen Übertragungen konnten die Mittel stets bedarfsgerecht eingesetzt werden.

Die **personelle Ausstattung** des Instituts wird vom IWH insgesamt als angemessen angesehen. Über die in der Aufbauphase vorgenommenen Stellenstreichungen hinaus wurde das Institut in der Berichtsperiode keinen weiteren personellen oder materiellen Kürzungen unterworfen. Zur Realisierung der Berufungszusagen an den amtierenden Präsidenten erhielt das Institut im Jahre 2005 einen Stellenaufwuchs von 7,5 Stellen, der bis zum Jahre 2010 um 5 Stellen wieder abgebaut werden wird.

Das IWH verfügte zum Stichtag, dem 31.12.2005, über knapp 65 **Beschäftigungspositionen** (in Vollzeitäquivalenten), davon 59 aus institutionellen Mitteln und 6 aus Drittmitteln finanziert (vgl. Anhang 4). Von den insgesamt 76 Mitarbeitern am IWH gehören 51 Mitarbeiter zum wissenschaftlichen und leitenden Personal (BAT IIa und höher). Darunter fallen 12 Mitarbeiter, die auf BAT-Stellen promovieren sowie 6 Mitarbeiter, die habilitieren. 8 % des wissenschaftlichen Personals sind über Drittmittel finanziert. 55 % des gesamten wissenschaftlichen Personals bzw. 50% des institutionell finanzierten wissenschaftlichen Personals sind befristet beschäftigt. Rund die Hälfte des wissenschaftlichen Personals ist jünger als 40 Jahre; 45 % sind kürzer als fünf Jahre am IWH beschäftigt.

Die **Gewinnung von wissenschaftlichem und leitendem Personal** erfolgt grundsätzlich durch Ausschreibungen, die in nationalen, gelegentlich internationalen, einschlägigen Publikationsorganen bzw. in entsprechenden Internetseiten sowie auf der Homepage des IWH positioniert werden. Am Auswahlverfahren sind darüber hinaus der Forschungsdirektor, der zuständige Abteilungsleiter, ein Vertreter des Betriebsrats und die Gleichstellungsbeauftragte beteiligt. Bei Abteilungsleitern wird der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats in das Verfahren mit einbezogen. Die Besetzung der Stelle des Präsidenten erfolgt im Rahmen einer gemeinsamen Berufung, die in der Satzung und im Kooperationsvertrag mit der MLU geregelt ist.

Im Berichtszeitraum wurde ein Mitarbeiter zum Honorarprofessor an der Universität Leipzig ernannt.

5. Nachwuchsförderung und Kooperation

Das IWH legt nach eigenen Angaben besonderen Wert auf die **Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses**. Im Berichtszeitraum haben vier Mitarbeiter ihre Promotion und ein Mitarbeiter seine Habilitation abgeschlossen.

Die Anzahl an Promotionen und Habilitationen soll zukünftig deutlich erhöht werden, indem seit kurzem alle wissenschaftlichen Mitarbeiter mit befristetem Vertrag verpflichtet werden, sich weiter zu qualifizieren. Wissenschaftliche Mitarbeiter sollen ihre Dissertation als Aufgabe im dienstlichen Interesse anfertigen. Sie erhalten dafür einen Zeitanteil von 30% ihrer Arbeitszeit. Im Rahmen des neu konzipierten Forschungs- und Publikationsseminars, des neu eingerichteten Ökonometrieseminars und des ab Herbst 2006 stattfindenden Doktoranden-seminars werden die Qualifikationsarbeiten betreut. Durch abgeschlossene bzw. kurz vor dem Abschluss stehende Kooperationsvereinbarungen mit benachbarten Hochschulen in Halle, Freiberg, Leipzig und Dresden soll die Betreuung durch die entsprechende Fakultät sichergestellt werden. Die IWH-Mitarbeiter können auf dieser Grundlage Vorlesungen und Seminare an den Universitäten des mitteldeutschen Hochschulnetzwerks besuchen. Ferner

wird die Qualifizierung von Mitarbeitern durch Weiterbildungsveranstaltungen am Institut unterstützt, die insbesondere der Verbesserung der Methodenkenntnisse dienen. Kontinuierliche Fortschritte in der wissenschaftlichen Qualifikation sind nunmehr eine wesentliche Voraussetzung für die Verlängerung befristeter Arbeitsverträge.

Das IWH beschäftigt regelmäßig in größerem Umfang studentische Hilfskräfte und Praktikanten. Dies wird vom IWH auch als Gelegenheit gesehen, Studenten an die empirische Wirtschaftsforschung heranzuführen und damit einen Beitrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu leisten. Im Rahmen des Master-Studiengangs „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bietet das IWH Praktika an, welche integraler Bestandteil des Studienganges sind und nach den entsprechenden Richtlinien der Studienordnung ablaufen.

Die Mitarbeiter des IWH führten im Berichtszeitraum insgesamt zwischen fünf und acht **Lehrveranstaltungen** pro Semester an unterschiedlichen Universitäten durch.

Das IWH kooperiert mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, mit der ein **Kooperationsvertrag** besteht. Der Präsident des IWH wurde gemeinsam mit der MLU berufen. Mit der TU Bergakademie Freiberg wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Lehre und Forschung sowie bei der Betreuung von Doktoranden und Praktikanten geschlossen.

Darüber hinaus wurde seit der letzten Evaluierung im Jahre 1999 die **Kooperation mit internationalen Forschungseinrichtungen** wesentlich ausgeweitet und vor allem auf der europäischen und nordamerikanischen Ebene intensiviert. Dies bezieht sich insbesondere auf internationale Forschungsprojekte und Netzwerke, in denen das IWH Partner ist und die teilweise von Institutsmitarbeitern geleitet werden. So sind Mitarbeiter des IWH an EU-Forschungsprojekten wie dem *European Forecasting Network* und dem *Competition Policy Foundations for Trade Reform, Regulatory Reform and Sustainable Development* beteiligt. Bei den EU-Forschungsprojekten PRODGAP (2004 abgeschlossen) und U-Know übernahmen bzw. übernehmen IWH-Mitarbeiter die koordinierende und inhaltlich federführende Funktion; beide Projekte gingen auf die Initiative des IWH zurück. In internationalen Projektzusammenhängen kooperiert das IWH mit einem der führenden Ökonometriker, Jean-Marie Dufour von der Université de Montréal.

Das IWH ist ebenso an **nationalen Projekten** beteiligt, unter anderem an der Gemeinschaftsdiagnose der großen Wirtschaftsforschungsinstitute sowie gemeinsam mit anderen Forschungseinrichtungen an mehreren Projekten zum Aufbau Ost. Im Rahmen der Kooperation mit Hochschulen wird das IWH ab Herbst 2006 mit der TU Dresden an einem vom BMBF bewilligten Antragsprojekt zu den wirtschaftlichen Aspekten der CO₂-Lizenzierung zusammenarbeiten.

Die nationalen und internationalen Forschungsk Kooperationen werden ergänzt durch wirtschaftspolitische Beratungstätigkeit, Mitarbeit in entsprechenden Organisationen und wechselseitige Forschungsaufenthalte. Im Berichtszeitraum waren insgesamt 14 Wissenschaftler zu Gast am IWH. Die **Gastaufenthalte** waren ausnahmslos von kürzerer Dauer (ein bis vier Wochen). Dies ist nach Einschätzung des IWH darauf zurückzuführen, dass moderne Kommunikationsmittel die Kooperation auch ohne längeren Gastaufenthalt ermöglichen. Die Gastaufenthalte dienen in der Regel der Initiierung und Realisierung gemeinsamer Forschungsprojekte. Der Gastaufenthalt eines kanadischen Wissenschaftlers wird ab dem Jahre 2006 durch ein Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung finanziert, das dieser im

Rahmen der Verleihung des Konrad Adenauer-Forschungspreises erhalten hat. In allen anderen Fällen erfolgte die Finanzierung aus Mitteln des Instituts.

Neben Aufhalten im Inland, vor allem an Forschungsinstituten, Universitäten und bei der Deutschen Bundesbank, haben fünf Wissenschaftler kurzfristige (ein bis vier Wochen) oder mittelfristige (ein bis drei Monate) Gastaufenthalte im Ausland wahrgenommen.

6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz

Die Institutsangehörigen haben im Berichtszeitraum von 2003 bis 2005 insgesamt 387 **Veröffentlichungen** aufzuweisen, davon 17 Monographien in Autorschenschaft bzw. Herausgeber-schaft, 53 Beiträge zu Sammelwerken, 38 Aufsätze in referierten Zeitschriften sowie 39 Aufsätze in sonstigen Zeitschriften. 220 Beiträge wurden in den hauseigenen Schriftenreihen publiziert.

Die Präsenz des IWH in international beachteten und referierten Zeitschriften hat seit der letzten Evaluierung deutlich zugenommen; die Anzahl an referierten Aufsätzen ist von fünf im Jahr 1998 auf 17 im Jahr 2005 kontinuierlich gestiegen. Die Auswahl der Zeitschriften, in denen publiziert werden soll, orientiert sich an den international renommierten und transparenten Listen *EconLit* und *ISI-Journals*. Zunehmend gewinnen Publikationen in jenen Zeitschriften an Bedeutung, die einen *SSCI-Impactfactor* besitzen (*ISI-Journals*). Zeitschriften, die in keiner der beiden Listen geführt sind, werden vor allem dann genutzt, wenn ein deutschsprachiges Publikum angesprochen werden soll oder wenn diese Zeitschriften aufgrund der fachlichen Spezialisierung der Beiträge als besser geeignet erscheinen. Auch in diesen Fällen wird bei der Auswahl auf ein *Review-Verfahren* Wert gelegt.

Entsprechend dem satzungsgemäßen wirtschaftspolitischen **Beratungsauftrag** pflegt das IWH – ergänzend zur externen Publikationstätigkeit in referierten Zeitschriften – ein Spektrum von Publikationsreihen, die im Eigenverlag herausgegeben werden. Die Herausgabe eigener Publikationsreihen ermöglicht es laut IWH, Ergebnisse zeitnah der Öffentlichkeit vorzulegen. Zudem liegen die Forschungsthemen des IWH häufig außerhalb des Interesses der einschlägigen internationalen Publikationsorgane. Folgende Schriftenreihen werden daher vom IWH herausgegeben:

- *Wirtschaft im Wandel*: Diese monatlich erscheinende Zeitschrift dient der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung. Alle Beiträge unterliegen einem internen Begutachtungsverfahren.
- *IWH-Sonderhefte*: In dieser Reihe veröffentlicht das IWH Gutachten und Materialien selbst ausgerichteter Konferenzen sowie gemeinsam mit anderen Institutionen erarbeitete Berichte.
- *Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle*: Seit 1999 gibt das IWH unter diesem Titel eine eigene Buchreihe im Nomos-Verlag heraus. Hier werden Dissertationen, aber auch Arbeiten mit vorwiegend methodischem Charakter publiziert. Im Jahre 2006 ist zudem eine Habilitationsschrift erschienen.
- *IWH-Diskussionspapiere*: Diese Reihe richtet sich vornehmlich an die Wissenschaftsgemeinschaft und unterliegt einem internen Begutachtungsverfahren. Seit dem Jahre 2005 sind alle Diskussionspapiere im internationalen Archiv *Econ-Papers* geführt und stehen zum Download bereit.

Die **Serviceleistungen** des IWH beziehen sich auf die Bereitstellung von Daten für Kooperationspartner und externe Nutzer sowie auf die Bibliothek des Instituts, die als Präsenzbibliothek ebenfalls externen Nutzern zur Verfügung steht. Die IWH-Bibliothek ist eine vorwiegend volkswirtschaftlich orientierte Fachbibliothek, die entsprechend dem Forschungsprofil des Instituts wirtschaftswissenschaftliche und statistische Publikationen aller Medien in forschungsnaher Kooperation mit den Abteilungen und Wissenschaftlern beschafft, organisiert, aufbewahrt und vermittelt, so dass eine breite und effiziente Forschungsdienstleistung für das Institut erbracht wird. Über den OPAC der Bibliothek werden mittels Online-Verlinkung Abstracts, Online-Inhaltsverzeichnisse, weitergehende Online-Informationen, Online-Statistiken und -Datenbanken zur Verfügung gestellt. Auch Bestände aus dem Magazinbereich und den Handapparaten der Wissenschaftler werden vermittelt.

Die Mitarbeiter des Instituts sind in einer Vielzahl von **Gremien** verschiedener Institutionen tätig, so etwa im Bereich der Politikberatung und Sachverständigentätigkeit, in wissenschaftlichen Gremien, als Gutachter für verschiedene wissenschaftliche Zeitschriften sowie in Auswahlkommissionen für die Vergabe von Drittmitteln bei der EU oder bei verschiedenen Stiftungen. Darüber hinaus nehmen Institutsmitarbeiter an Anhörungen im Bundestag und in Landtagen teil und beraten Abgeordnete von Bund und Ländern.

Das IWH ist auf zwei Märkten präsent: auf dem des wissenschaftlichen Diskurses sowie auf dem der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung. Der Beitrag zur wirtschaftspolitischen Meinungsbildung erfolgt insbesondere über die eigene Publikationsreihe *Wirtschaft im Wandel*. Die Mischung aus wirtschaftspolitischen Stellungnahmen, regelmäßigen statistischen Informationen vorzugsweise zu Aspekten der konjunkturellen Entwicklung (Umfragen und Prognosen) sowie wissenschaftlich fundierten kürzeren Aufsätzen zu relevanten Problemen der Wirtschaftspolitik richtet sich in erster Linie an Politik, Verwaltung und Verbände. Schließlich ist das IWH auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion in anderen Zeitschriften präsent. Der Beitrag zur wirtschaftspolitischen Meinungsbildung in der breiten Öffentlichkeit findet durch Presseerklärungen, Beiträge und Interviews in den Medien sowie Vorträge auf Bildungsveranstaltungen von Stiftungen und Parteien statt. Im Jahre 2005 hielten Mitarbeiter 69 Vorträge zu wirtschaftspolitisch relevanten Themen. Die Forschungsergebnisse des Instituts werden durchschnittlich pro Jahr etwa 2000-mal in den Printmedien erwähnt bzw. zitiert. Hinzu kommen vertiefende Gespräche mit Ministerien zu ausgewählten Fachfragen.

Seit der letzten Evaluierung hat das Institut seine **Präsenz im Internet** verstärkt. Die Beiträge der Zeitschrift *Wirtschaft im Wandel* und die *IWH-Diskussionspapiere* stehen auf der Instituts-homepage zum Download bereit. Das IWH berichtet hier ebenfalls über Forschungsergebnisse aus den internationalen Forschungsnetzwerken, wie z. B. dem U-Know. Das Interesse der breiten Öffentlichkeit an den wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts ist nach Angaben des IWH weiter gestiegen. Neben einer verstärkten direkten Kontaktaufnahme zu Institutsmitarbeitern konnte im Jahre 2005 eine gegenüber den Vorjahren beträchtliche Erhöhung der Anzahl der Sichtkontakte im Internet registriert werden.

Zur schnellen Weitergabe von wirtschaftspolitischen Stellungnahmen und zur Information über aktuelle Umfrageergebnisse nutzt das Institut vor allem die **Medien**. Die Pressemitteilungen des IWH erhalten Vertreter von über 130 Agenturen, Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Zeitschriften sowie die Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit in Ministerien, Verbänden und Parteien. Die häufigen Anfragen von Medienvertretern zeigen das allgemeine Interesse an Standpunkten des IWH zu aktuellen Fragen, insbesondere zur Entwicklung in Ostdeutschland. Das IWH wurde vom MDR als wissenschaftliche Beratungsinstitution für die Filmdokumentation

„Akte Mitteldeutschland“ ausgewählt, die den Verlauf und Resultate des Vereinigungsprozesses bis in die Gegenwart darstellt. Das Institut beschriftet damit einen neuen Weg, Wissenschaft einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der monatlich erscheinende *IWH-Newsletter* berichtet über die neuesten Veröffentlichungen des IWH, über durchgeführte und geplante wissenschaftliche Veranstaltungen, Stellenangebote und weitere Institutsthemen.

Das Institut hat im Berichtszeitraum zum Wissenstransfer und Austausch von Forschungsergebnissen mit 23 nationalen und internationalen Tagungen und Workshops beigetragen und damit die Anzahl seiner wissenschaftlichen Veranstaltungen gegenüber dem Vergleichszeitraum 1996 bis 1998 (14 Veranstaltungen) weiter erhöht. Wissenschaftliche **Veranstaltungen** finden zu verschiedenen Themenkreisen statt: So werden regelmäßig Workshops zur „Makroökonomie“ sowie zu „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkten“ durchgeführt, beide in Kooperation mit der MLU, sowie Workshops zur Arbeitsmarktpolitik gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Darüber hinaus wurden mehrere wissenschaftliche Veranstaltungen im Rahmen von Netzwerken durchgeführt, so etwa Konferenzen im Rahmen des EU-Projekts „Determinanten der Produktivitätslücke“. Gemeinsam mit der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, der TU Bergakademie Freiberg und der *European Association for Comparative Economic Studies* (EACES) wurden ebenfalls größere Veranstaltungen organisiert. Ergänzt wurden diese Veranstaltungen durch Vorträge auf externen wissenschaftlichen Konferenzen. Im Jahre 2005 haben die Mitarbeiter des IWH insgesamt 43 Vorträge im Rahmen wissenschaftlicher Fachveranstaltungen gehalten.

Daneben wurden Workshops organisiert, die vorrangig der Politikberatung dienen. Themen waren u. a. die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Sachsen-Anhalt, theoretische und empirische Analysen zur Deregulierung in Deutschland, die Innovations- und Wachstumsimpulse von Hochschulen und Forschungseinrichtungen für wirtschaftlich aufholende Regionen oder der Technologietransfer in Ostdeutschland und Osteuropa.

Mitarbeiter des Instituts bekleiden unterschiedliche **Ämter**, so etwa im Komitee *Future Landscape of European Standardization* der Europäischen Normungsverbände CEN und CENELEC, im Wirtschaftsbeirat der Thüringischen Landesregierung, in der Landesarbeitsgemeinschaft für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) oder im Vorstand der European Association for Comparative Economic Studies und im Editorial Board der Zeitschrift *International Advances in Economic Research* (IAER).

7. Empfehlungen des Wissenschaftsrates und ihre Umsetzung

Das IWH nimmt wie folgt zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates Stellung:

Arbeitsschwerpunkte

- a) *Das Forschungsprogramm sollte noch stärker auf Transformationsprozesse konzentriert werden und einen stärkeren Anschluss an internationale vergleichende Transformationsforschung unter Einbeziehung anderer, auch westeuropäischer Länder finden. Ferner sollten Probleme beim Beitritt verschiedener Länder zur EU mit bearbeitet werden.*

Das bisherige Thema „Transformationsforschung“ ordnet sich in das neue Thema „Institutioneller Wandel und globale Integration“ ein. Die Systemtransformation von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft ist weitgehend abgeschlossen und wird vom IWH als

Sonderfall des allgemeinen institutionellen Wandels unter den Bedingungen der globalen Integration gesehen.

b) Es sollte eine Reduktion der Abteilungen erwogen werden und befristete Arbeitsgruppen quer zu den Abteilungen eingerichtet werden.

Die Anzahl der Forschungsabteilungen wurde auf vier reduziert: Die Abteilung „Arbeitsmarkt“ sowie die Abteilung „Mittel- und Osteuropa“ wurden in die übrigen Abteilungen integriert. Darüber hinaus wurde eine neue Abteilung „Industrieökonomik“ geschaffen. Quer zu den Abteilungen wurden fünf zeitlich befristete Forschungsschwerpunkte eingerichtet, die jeweils von einem *Senior Economist* geleitet werden und abteilungsübergreifende Themen bearbeiten.

c) Die Abteilung „Konjunktur und Wachstum“ sollte von der Abteilung „Strukturwandel“ eindeutiger abgegrenzt werden. Die makroökonomischen Modellbildungen aus anderen Abteilungen sollten übernommen werden.

Durch die Neustrukturierung wurde die Abgrenzung zwischen der Abteilung „Makroökonomik“ und der Abteilung „Strukturökonomik“ geschärft. Fortbestehende inhaltliche Überschneidungen sind gewollt, da in der Makroökonomik Fragestellungen untersucht werden, die in der Strukturökonomik auf der Mesoebene Bedeutung besitzen. Die makroökonomischen Modellbildungen wurden durch Personalumsetzung in der Abteilung „Makroökonomik“ konzentriert.

d) Die Innovationsforschung in der Abteilung „Strukturwandel“ sollte verstärkt in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht werden. Die umweltpolitischen Fragen sollten mit Investitionsentscheidungen verknüpft werden.

Die Innovationsfragestellungen werden, insbesondere im Rahmen eines größeren EU-Forschungsprojekts, abteilungsübergreifend in einem Forschungsschwerpunkt mit externen Kooperationspartnern bearbeitet. Die umweltökonomischen Fragestellungen mit Fokus auf Investitionen und Entwicklung von Unternehmenswerten werden nunmehr in der Abteilung „Industrieökonomik“ untersucht.

e) Die Abteilung „Arbeitsmarkt“ sollte ihr Forschungsprogramm fokussieren und verstärkt international und interdisziplinär arbeiten.

Die Abteilung „Arbeitsmarkt“ wurde im Zuge der Reorganisation des IWH zum 31.03.2006 aufgelöst. Einzelne Forschungsvorhaben wurden von den Abteilungen „Makroökonomik“ und „Strukturökonomik“ übernommen.

f) Die Abteilung „Regional- und Kommunalforschung“ sollte regionaltheoretisch fundierte Forschung stärker berücksichtigen und mehr international vergleichende Projekte durchführen. Es sollte geprüft werden, ob ein Zusammenlegen mit anderen Abteilungen sinnvoll ist.

Im Rahmen der Veränderung der Abteilungsstruktur erfolgte eine Konzentration auf die vom Wissenschaftsrat betonte Kompetenz in stadtökonomischen Fragestellungen. Die Bearbeitung der regionalen Forschungsthemen erfolgt nunmehr in der Abteilung „Strukturökonomik“.

g) Die Abteilung „Mittel- und Osteuropa“ sollte verstärkt Drittmittel einwerben.

Die Abteilung „Mittel- und Osteuropa“ wurde im Zuge der Reorganisation des IWH zum 31.05.2005 aufgelöst. Einzelne Forschungsthemen und -vorhaben wurden auf die Abteilungen „Makroökonomik“, „Strukturökonomik“ und „Industrieökonomik“ verteilt. Bis zu diesem Zeit-

punkt hatte die Abteilung „Mittel- und Osteuropa“ als Koordinator oder Konsortialpartner ihre Drittmittelakquisition insbesondere auf EU-Ebene verstärkt.

Organisation und Ausstattung

h) Die Kompetenzen und Funktionen von Vorstandsrat und Wissenschaftlichem Beirat sind besser abzugrenzen und neu zu regeln.

Die Empfehlung wurde mit der Satzungsänderung vom November 2005 umgesetzt; insbesondere besitzt der Vorstandsrat nun vorrangig Aufsichtsfunktionen.

i) Eine gemeinsame Berufung des Präsidenten mit der örtlichen Hochschule und die Ausübung der Leitungsfunktion des Präsidenten im Hauptamt wurden angeraten.

Diese Empfehlung wurde mit Abschluss des Kooperationsvertrags mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vom September 2003, der Berufung des neuen Präsidenten zum November 2004 im Hauptamt und der Satzungsänderung vom November 2005 umgesetzt.

j) Die Drittmittelinwerbung, insbesondere bei der DFG und der EU, ist zu verbessern.

Nach einem starken Einbruch im Jahre 2002 ist seither wieder eine deutliche Zunahme der eingeworbenen Drittmittel zu verzeichnen (2003: 315.000 €; 2004: 829.000 €; 2005: 672.000 €). Da die Priorität auf die Einwerbung von Drittmitteln der EU gelegt wurde, wurden keine Anträge auf DFG-Förderung gestellt.

k) Der Anteil befristeter Arbeitsverträge ist zu erhöhen, ebenso die Anzahl an Doktoranden und Habilitanden.

Der Anteil befristeter Arbeitsverträge beim wissenschaftlichen Personal konnte beträchtlich erhöht werden, da Neueinstellungen nahezu ausschließlich mit befristeten Arbeitsverträgen erfolgten (1999: 37,5 %; 2005: 55 %). Die Anzahl an Doktoranden und Habilitanden konnte in den letzten Jahren aufgrund der Verstärkung von Anreizen für wissenschaftliche Weiterbildung gesteigert werden; ein deutlicher Anstieg der Anzahl an Promotionen und Habilitationen wird in den nächsten Jahren erwartet, da Promotionen und Habilitationen nunmehr im dienstlichen Interesse liegen.

Kooperation und Nachwuchsförderung

l) Ein weiterer Ausbau der Kooperation mit der MLU sowie die Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Ökonomik, Jena, wurden angeraten.

Die Kooperation mit der MLU wurde durch den Abschluss einer neuen Kooperationsvereinbarung auf eine neue Grundlage gestellt und wird insbesondere mit der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät realisiert. Ein weiterer Kooperationsvertrag existiert inzwischen mit der Technischen Universität Bergakademie Freiberg. Verträge mit der Universität Leipzig, der Technischen Universität Dresden und der Handelshochschule Leipzig werden voraussichtlich noch im laufenden Jahr abgeschlossen werden. Mit diesen Hochschulen besteht bereits eine Zusammenarbeit in Lehre und Forschung. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Ökonomik wird vor dem Hintergrund der dortigen Profilbildung geprüft.

m) Das IWH sollte die Pläne zur Einführung einer Summer School umsetzen.

Die Einrichtung einer internationalen *Summer School* durch das IWH allein würde die Kräfte des Instituts überfordern. Gespräche zur Umsetzung des Plans werden mit potentiellen Kooperationspartnern nach der Konsolidierung des „Mitteldeutschen Forschungsnetzwerks“ geführt.

n) Auf europäischer Ebene sollte die Zusammenarbeit gestärkt werden, insbesondere durch gemeinsame Forschungsvorhaben.

Die internationale Kooperation konnte im Rahmen von EU-Projekten (PRODGAP, ComPol⁵, EFN⁶, U-Know⁷) und der Forschungskontakte zu kanadischen Forschungseinrichtungen ausgeweitet werden.

Arbeitsergebnisse

o) Die Anzahl an Publikationen in referierten Fachzeitschriften sollte erhöht werden.

Die Veröffentlichungsleistung des IWH hinsichtlich der Publikationen in referierten Zeitschriften wurde erhöht. Während im Berichtszeitraum der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat (1996-1998) 14 referierte Publikationen erschienen, waren es im aktuellen Berichtszeitraum (2003-2005) 38 referierte Publikationen.

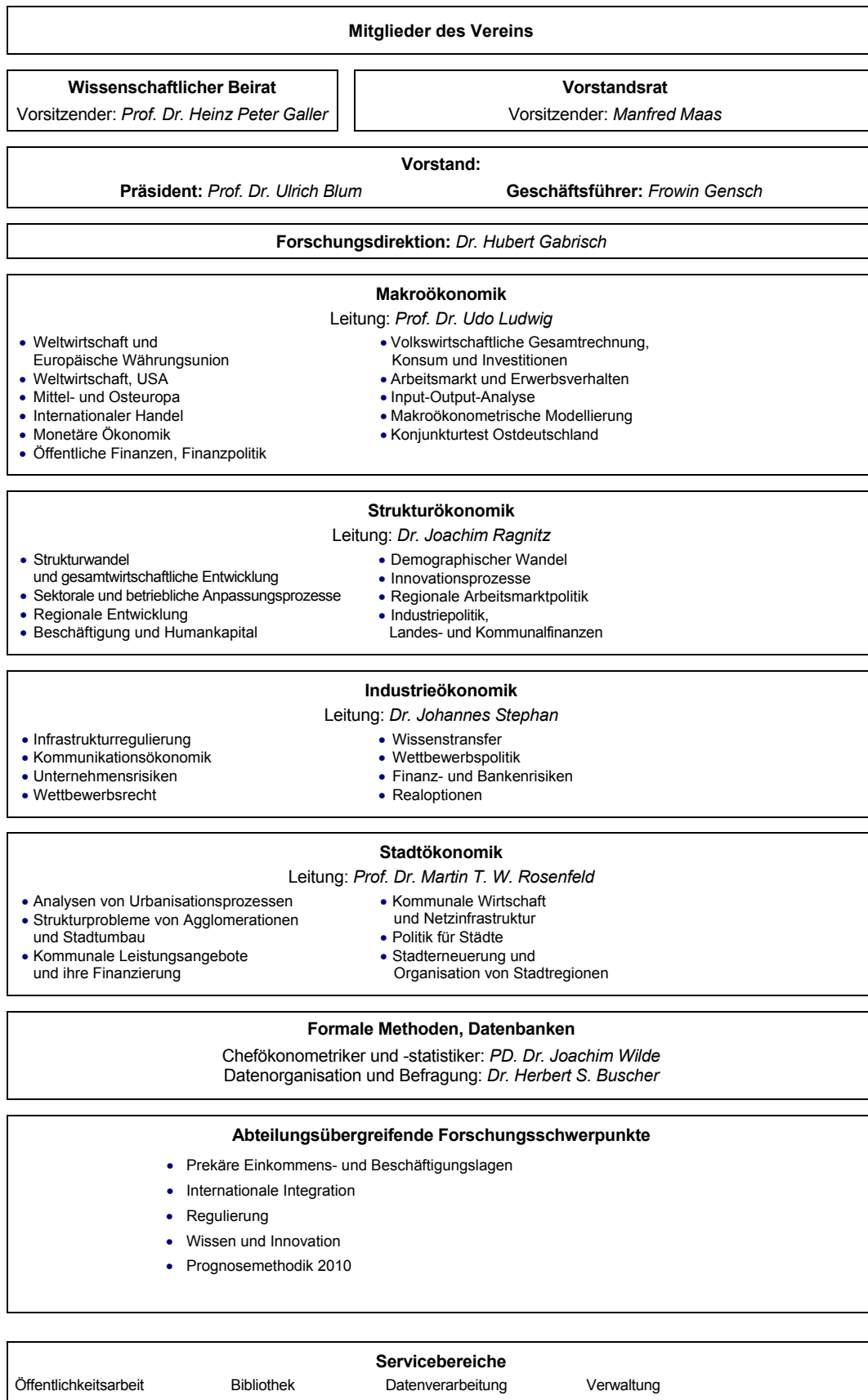
⁵ www.iwh-halle.de/projects/competition_policy/Competition.htm

⁶ www.iwh-halle.de/projects/efn/efn.htm?lang=d

⁷ www.iwh-halle.de/projects/uknow/index.html

Anhang 1

Organigramm



Anhang 2**Einnahmen und Ausgaben**

(in 1.000 €)

	2005	2004	2003
I. Einnahmen	5.177	4.438	4.598
1.1 Zuwendungen (institutionelle Förderung)	4.174	3.850	4.018
- Land/Länder ¹	2.087	1.925	2.009
- Bund ¹	2.087	1.925	2.009
- übrige institutionelle Förderung ²	0	0	0
<i>Anteil an Gesamteinnahmen</i>	<i>80,6 %</i>	<i>86,8 %</i>	<i>87,4 %</i>
1.2 Forschungsförderung (Drittmittel)³	111	22	0
<i>Anteil an Gesamteinnahmen</i>	<i>2,1 %</i>	<i>0,5 %</i>	<i>0 %</i>
1.3 Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	689	396	373
<i>Anteil an Gesamteinnahmen</i>	<i>13,3 %</i>	<i>9,0 %</i>	<i>8,1 %</i>
1.4 Sonstige Einnahmen	183	170	207
<i>Anteil an Gesamteinnahmen</i>	<i>3,5 %</i>	<i>3,8 %</i>	<i>4,5 %</i>
1.5 Entnahme aus Rücklagen u. ä.	20	0	0
II. Ausgaben	5.177	4.438	4.598
2.1 Personal	3.610	3.372	3.605
2.2 Sachmittel	931	871	891
2.3 Investitionen (ohne Bauinvestitionen)	148	96	55
2.4 Bauinvestitionen ⁴	0	0	0
2.5 Ggf. Sonderpositionen	0	0	35
2.6 Zuführung zu Rücklagen u. ä.	488	99	12
2.7 <i>Nachrichtlich: DFG-Abgabe⁵</i>	<i>118</i>	<i>104</i>	<i>103</i>

¹ Zuwendung bzw. Anteile entsprechend BLK-Beschluss² Sonderfinanzierungen, Zuwendungen aus EU-Fonds etc.³ Tatsächliche Finanzierung des jeweiligen Jahres, ohne durchlaufende Posten⁴ Bauinvestitionen, mehrjährige Bauerhaltungsmaßnahmen⁵ DFG-Abgabe wird direkt vom Sitzland überwiesen.

Anhang 3**Drittmittel nach Arbeitseinheiten¹**

(Einnahmen in 1.000 €)

	2005	2004	2003
I. Insgesamt	800	418	373
- DFG	0	0	0
- Bund	0	0	0
- Land/Länder	0	0	0
- EU-Projektmittel	111	15	0
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	7	0
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	689	396	373
II. Nach Arbeitseinheiten			
Abteilung Makroökonomik	324	163	182
- DFG	0	0	0
- Bund	0	0	0
- Land/Länder	0	0	0
- EU-Projektmittel	0	0	0
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	0	0
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	324	163	182
Abteilung Strukturökonomik	170	161	89
- DFG	0	0	0
- Bund	0	0	0
- Land/Länder	0	0	0
- EU-Projektmittel	0	0	0
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	7	0
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	170	154	89
Abteilung Industrieökonomik	0	-	-
- DFG	0	-	-
- Bund	0	-	-
- Land/Länder	0	-	-
- EU-Projektmittel	0	-	-
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	-	-
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	0	-	-

¹ Tatsächliche Einnahmen im jeweiligen Jahr nach Finanzierungsquellen, ohne durchlaufende Posten usw.

	2005	2004	2003
Abteilung Stadtökonomik	97	55	72
- DFG	0	0	0
- Bund	0	0	0
- Land/Länder	0	0	0
- EU-Projektmittel	0	0	0
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	0	0
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	97	55	72
Abteilung Mittel- und Osteuropa	111	15	0
- DFG	0	0	0
- Bund	0	0	0
- Land/Länder	0	0	0
- EU-Projektmittel	111	15	0
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	0	0
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	0	0	0
Abteilung Arbeitsmarkt und Einkommensökonomik	68	6	23
- DFG	0	0	0
- Bund	0	0	0
- Land/Länder	0	0	0
- EU-Projektmittel	0	0	0
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	0	0
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	68	6	23
Vorstand	30	18	7
- DFG	0	0	0
- Bund	0	0	0
- Land/Länder	0	0	0
- EU-Projektmittel	0	0	0
- Stiftungen, übrige Forschungsförderung	0	0	0
- Serviceleistungen, Aufträge, Lizenzen, Publikationen	30	18	7

Anhang 4

**Beschäftigungspositionen nach Mittelherkunft
sowie Besoldungs-/Vergütungsgruppen**

- Ist-Bestand (Grundfinanzierung und Drittmittel) in Vollzeitäquivalenten zum Stichtag 31.12.2005 -

	Anzahl insgesamt	davon finanziert aus	
		institutionellen Mitteln	Drittmitteln
Insgesamt	64,6	58,9	5,7
1. Wissenschaftliches und leitendes Personal	40,8	36,6	4,2
- S (B4 und höher)	1,0	1,0	0,0
- S (B2, B3)	0,0	0,0	0,0
- I, A 16	7,0	5,9	1,1
- Ia, A 15	0,7	0,7	0,0
- Ib, A 14	5,8	5,3	0,5
- IIa, A 13	26,3	23,7	2,6
2. Doktoranden¹	0,0	0,0	0,0
3. Übriges Personal	23,8	22,3	1,5
- III, IV, A 12, A 11, A 10	8,8	7,4	1,5
- V, A 9, A 8	5,2	5,2	0,0
- VI, A7	7,8	7,8	0,0
- VII, VIII, A 6, A 5	2,0	2,0	0,0
- Lohngruppen, sonstiges Personal	0,0	0,0	0,0
- Auszubildende	0,0	0,0	0,0

¹ Zum Stichtag promovierten 12 Mitarbeiter auf BAT-Stellen, jedoch nicht mit Doktorandenverträgen.

Anhang 5**Beschäftigungspositionen nach Organisationseinheiten**- Ist-Bestand (Grundfinanzierung und Drittmittel) in Vollzeitäquivalenten zum Stichtag 31.12.2005 -

	Insgesamt	Wiss. und leitendes Personal ¹	Doktoranden ²	Übriges Personal, Auszubildende
Einrichtung insgesamt	64,6	40,8	0	23,8
Vorstand	4,0	2,0	0,0	2,0
Verwaltung	12,2	3,0	0,0	9,2
Forschungsdirektion	3,5	1,7	0,0	1,8
Abt. Makroökonomik	13,1	10,2	0,0	2,9
Abt. Strukturökonomik	10,6	7,7	0,0	2,9
Abt. Industrieökonomik	7,2	6,2	0,0	1,0
Abt. Stadtökonomik	6,9	4,9	0,0	2,0
Abt. Arbeitsmarkt und Einkommensökonomik	7,1	5,1	0,0	2,0

¹ BAT IIa und höher² Zum Stichtag promovierten 12 Mitarbeiter auf BAT-Stellen, jedoch nicht mit Doktorandenverträgen.

Anhang 6

Beschäftigungsverhältnisse

- Ist-Bestand (Grundfinanzierung und Drittmittel) in Personen zum Stichtag 31.12.2005 -

	Anzahl insgesamt	finanziert aus Drittmitteln		befristet angestellt		Frauen		befristet angestellte Frauen	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	% ¹
I. Insgesamt	76	4	5,3	29	38,2	38	50,0	13	34,2
1. Wiss. und leitendes Personal	51	4	7,8	28	54,9	18	35,3	12	66,7
- S (B4 und höher)	1	0	0	1	100,0	0	0	0	0
- S (B2, B3)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- I, A 16	7	0	0	0	0	0	0	0	0
- Ia, A 15	1	0	0	0	0	0	0	0	0
- Ib, A 14	13	2	15,4	9	69,2	3	23,1	3	100,0
- IIa, A 13	29	2	6,9	18	62,1	15	51,7	9	60,0
2. Doktoranden²	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Übriges Personal	25	0	0	1	4,0	20	80,0	1	5,0
- III, IV, A 12, A 11, A 10	9	-	-	-	-	-	-	-	-
- V, A 9, A 8	6	-	-	-	-	-	-	-	-
- VI, A7	8	-	-	-	-	-	-	-	-
- VII, VIII, A 6, A 5	2	-	-	-	-	-	-	-	-
- Lohngruppen, sonstiges Personal	0	-	-	-	-	-	-	-	-
- Auszubildende	0	-	-	-	-	-	-	-	-

¹ Bezogen auf Anzahl der Frauen in der jeweiligen Kategorie

² Zum Stichtag promovierten 12 Mitarbeiter auf BAT-Stellen, jedoch nicht mit Doktorandenverträgen.

Anhang 7**Veröffentlichungen**- Anzahl insgesamt und nach Abteilungen¹ -

	2005	2004	2003
I. Insgesamt	149	125	113
- Monographien (Autorenschaft)	6	6	1
- Monographien (Herausgeberschaft)	3	1	0
- Beiträge zu Sammelwerken	28	11	14
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	17	12	9
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	19	15	5
- Publikationen im Eigenverlag	63	75	82
- Elektronische Veröffentlichungen ²	9	5	0
- Externe <i>Working Papers</i>	4	0	2
II. Nach Arbeitseinheiten			
Abteilung Makroökonomik	46	43	40
- Monographien (Autorenschaft)	1	1	0
- Monographien (Herausgeberschaft)	2	1	0
- Beiträge zu Sammelwerken	5	1	0
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	2	3	4
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	4	1	1
- Publikationen im Eigenverlag	31	36	35
- Elektronische Veröffentlichungen	0	0	0
- Externe <i>Working Papers</i>	1	0	0
Abteilung Strukturökonomik	28	32	22
- Monographien (Autorenschaft)	3	2	1
- Monographien (Herausgeberschaft)	0	0	0
- Beiträge zu Sammelwerken	5	2	3
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	5	3	2
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	3	5	1
- Publikationen im Eigenverlag	9	18	15
- Elektronische Veröffentlichungen	3	2	0
- Externe <i>Working Papers</i>	0	0	0
Abteilung Industrieökonomik	22		
- Monographien (Autorenschaft)	1		
- Monographien (Herausgeberschaft)	1		
- Beiträge zu Sammelwerken	3		
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	4		
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	3		

¹ Jede Veröffentlichung wurde nur einmal gezählt.² Nur elektronische Veröffentlichungen, die nicht auch in anderer Form publiziert wurden

	2005	2004	2003
- Publikationen im Eigenverlag	5		
- Elektronische Veröffentlichungen	4		
- Externe <i>Working Papers</i>	1		
Abteilung Stadtökonomik	18	18	24
- Monographien (Autorenschaft)	0	2	0
- Monographien (Herausgeberschaft)	0	0	0
- Beiträge zu Sammelwerken	9	3	8
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	2	5	2
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	3	2	1
- Publikationen im Eigenverlag	3	5	12
- Elektronische Veröffentlichungen	1	1	0
- Externe <i>Working Papers</i>	0	0	1
Abteilung Arbeitsmarkt und Einkommensökonomik	14	11	7
- Monographien (Autorenschaft)	0	0	0
- Monographien (Herausgeberschaft)	0	0	0
- Beiträge zu Sammelwerken	2	0	0
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	1	0	0
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	2	2	2
- Publikationen im Eigenverlag	6	9	4
- Elektronische Veröffentlichungen	1	0	0
- Externe <i>Working Papers</i>	2	0	1
Abteilung Mittel- und Osteuropa		11	19
- Monographien (Autorenschaft)		0	0
- Monographien (Herausgeberschaft)		0	0
- Beiträge zu Sammelwerken		0	2
- Aufsätze in referierten Zeitschriften		1	1
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften		1	0
- Publikationen im Eigenverlag		7	16
- Elektronische Veröffentlichungen		2	0
- Externe <i>Working Papers</i>		0	0
Vorstand, Forschungsdirektion	21	10	1
- Monographien (Autorenschaft)	1	1	0
- Monographien (Herausgeberschaft)	0	0	0
- Beiträge zu Sammelwerken	4	5	1
- Aufsätze in referierten Zeitschriften	3	0	0
- Aufsätze in übrigen Zeitschriften	4	4	0
- Publikationen im Eigenverlag	9	0	0
- Elektronische Veröffentlichungen	0	0	0
- Externe <i>Working Papers</i>	0	0	0

Anhang 8

Liste der vom IWH eingereichten Unterlagen

- Bericht des IWH (basierend auf dem Fragenkatalog des Senatsausschusses Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft einschließlich Tabellenteil)
- Organigramm
- Satzung des IWH
- Forschungspläne 2006 und 2007
- Programmbudget 2006 und 2007
- Tätigkeitsbericht 2005
- Audit des Wissenschaftlichen Beirats 2006
- Protokolle der Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats der Jahre 2003 bis 2005
- Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats
- Übersicht zu Einnahmen und Ausgaben 2003 bis 2005 (Tabelle 3.1)
- Übersicht zu Drittmiteleinahmen differenziert nach Organisationseinheiten (Tabelle 3.2)
- Übersicht über laufende, in den letzten drei Jahren abgeschlossene und bewilligte Drittmittelprojekte
- Wirtschaftsplan 2007
- Beschäftigungspositionen nach Mittelherkunft sowie Besoldungs-/Vergütungsgruppen (Tabelle 4.1)
- Beschäftigungspositionen nach Organisationseinheiten (Tabelle 4.2)
- Beschäftigungsverhältnisse: Übersicht zu Drittmittelfinanzierung, Befristung, Frauen (Tabelle 4.3)
- Wissenschaftliches und leitendes Personal: Übersicht zu Altersgruppen und zur Beschäftigungsdauer in der Einrichtung (Tabelle 4.4)
- Liste der erhaltenen Rufe der Jahre 2003 bis 2005
- Übersicht der Gastaufenthalte an der Einrichtung (Tabelle 5.1)
- Übersicht der Gastaufenthalte von Institutsangehörigen bei anderen Einrichtungen (Tabelle 5.2)
- Liste der Lehrveranstaltungen
- Quantitative Übersicht zu Publikationen der Jahre 2003 bis 2005 (Tabelle 6.1)
- Angabe der wichtigsten Publikationen des IWH der letzten drei Jahre
- Liste der Vorträge
- Aktivitäten im Rahmen von Wissenstransfer und Beratung
- Kooperationsverträge



Anlage B: Bewertungsbericht

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	B-2
1. Zusammenfassende Bewertung und Bedeutung der Einrichtung	B-3
2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte	B-4
3. Struktur und Organisation	B-9
4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal	B-10
5. Nachwuchsförderung und Kooperation	B-11
6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz	B-13
7. Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats	B-14
8. Zusammenfassung der Empfehlungen der Bewertungsgruppe	B-14

Anhang: Mitglieder und Gäste der Bewertungsgruppe; beteiligte Kooperationspartner

Abkürzungsverzeichnis

AV-FE	Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung
BAT	Bundesangestelltentarif
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
EU	Europäische Union
KLR	Kosten-Leistungsrechnung
MLU	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
RWI Essen	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen
ZBW	Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Kiel

1. Zusammenfassende Bewertung und Bedeutung der Einrichtung

Das IWH befindet sich gegenwärtig in einer **Übergangsphase**. Der Präsident hat mit seinem Amtsantritt im November 2004 eine inhaltliche und strukturelle Reform initiiert, die bereits zu einem erkennbaren Fortschritt geführt hat, aber noch nicht abgeschlossen ist. Eine abschließende Bewertung des Reformprozesses war zum Zeitpunkt der Evaluierung daher noch nicht möglich. Die Forschungsleistungen des Instituts haben sich im Berichtszeitraum positiv entwickelt, sind aber gegenwärtig noch nicht zufrieden stellend. Erste aner kennenswerte Ergebnisse zeigen sich in einer moderat ansteigenden Anzahl an Publikationen, wobei Quantität und Qualität der Publikationsleistungen immer noch verbesserungsbedürftig sind. Der Präsident hat eine stärkere Forschungsorientierung im Institut initiiert, die sich neben den Publikationsergebnissen auch in einer steigenden Summe an im Wettbewerbsverfahren eingeworbenen Forschungsdrittmitteln widerspiegelt. Gleichwohl ist diese Summe immer noch zu gering und muss vor allem mit Blick auf DFG-Mittel gesteigert werden. Ein Anreizsystem, das insbesondere die akademische Forschung fördern soll, wurde im Berichtszeitraum etabliert. Die wissenschaftliche Kompetenz des Personals hat sich deutlich verbessert; die Beschäftigung einiger hoch qualifizierter und bereits sehr gut ausgewiesener Postdocs sowie einer Reihe hoch motivierter Doktoranden¹ mit sehr guten ersten Abschlüssen zeugen von der gestiegenen Attraktivität des Instituts. Infolge der neuen Präsidentschaft hat sich eine Aufbruchstimmung durchgesetzt, die sich auch im Engagement der Mitarbeiter sowie in deren nachdrücklicher Identifikation mit dem IWH äußert. Der Präsident besitzt einen starken Rückhalt beim Institutspersonal, so dass sich das Institut durch eine konstruktive Arbeitsatmosphäre auszeichnet. Damit verfügt das IWH über ein gutes Fundament, auf dem im Zuge der weiteren Entwicklung aufgebaut werden kann.

Das IWH ist den **Empfehlungen des Wissenschaftsrates** zur Neuorganisation des Instituts in wichtigen Punkten gefolgt. Unklare Themenzuordnungen zu den Abteilungen wurden beseitigt; die Abteilungen wurden neu gegliedert, und es wurden abteilungsübergreifende Forschungsgruppen eingerichtet. Die Empfehlung, die Anzahl der Abteilungen zu reduzieren, wurde ebenfalls umgesetzt. Im Zuge dessen wurden jedoch auch die vom Wissenschaftsrat positiv bewerteten Abteilungen „Mittel- und Osteuropa“ sowie „Arbeitsmarkt“ aufgelöst, die für das vom Wissenschaftsrat empfohlene Schwerpunktthema *Transformationsforschung* zentrale Bedeutung hatten. Der Empfehlung des Wissenschaftsrates, das Forschungsprogramm noch klarer auf die Untersuchung von Transformationsprozessen zu konzentrieren, hat das IWH damit nicht entsprochen. Stattdessen wurden thematische Erweiterungen über die Transformationsökonomik hinaus vorgenommen, die dazu führten, dass das Forschungsprofil an Prägnanz verloren hat. Die Gefahr dieser Entwicklung ist, dass ein vorhandenes Alleinstellungsmerkmal verloren geht und das IWH sich im Themenprofil stärker dem der anderen außeruniversitären wirtschaftswissenschaftlichen Institute angleicht.

Das neue **Leitthema** des IWH „Institutioneller Wandel und globale Integration“, unter dem das Forschungsprogramm steht, ist wenig fokussiert und spiegelt die Kernkompetenzen des Instituts nicht hinreichend wider. Problematisch ist, dass sich das Institut mit der Kombination aus Globalisierungsthematik und institutionenökonomischer Methodik auf Forschungsfelder begibt, die in der deutschen Forschungslandschaft schon sehr zahlreich vertreten sind. Zugleich ist die in der Transformations- und Posttransformationsökonomik begründete überregionale wissenschaftliche Bedeutung des Instituts gefährdet, weil diese Thematik organisatorisch nicht länger abgebildet und nur noch inhaltlich in den einzelnen Abteilungen bearbeitet wird.

¹ Status- und Funktionsbezeichnungen, die in diesem Dokument in der männlichen oder weiblichen Sprachform verwendet werden, schließen die jeweils andere Sprachform ein.

Das **Forschungsprogramm** ist heterogen und wenig strukturiert. Die Vielzahl der Themen lässt keine übergreifende Forschungsstrategie erkennen. Trotz der bei Wirtschaftsforschungsinstituten traditionell gegebenen thematischen Breite sollte es möglich sein, die Einzelthemen in größere konzeptionelle Zusammenhänge zu stellen.

Die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der **Abteilungen** ist unterschiedlich ausgeprägt: So wird die Abteilung „Strukturökonomik“ überwiegend positiv sowie die Abteilungen „Stadtökonomik“ und „Makroökonomik“ teilweise positiv bewertet; die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Abteilung „Industrieökonomik“ wird hingegen kritisch gesehen. Als chancenreich für die weitere Profilierung des Instituts sowie den Aufbau von komparativen Kompetenzvorteilen werden insbesondere die Forschungsfelder der Abteilungen „Strukturökonomik“ und „Stadtökonomik“ gesehen.

Die **Kooperationen** mit Universitäten sind unzureichend entwickelt, insbesondere wird eine engere Kooperation mit der MLU vermisst, deren Fehlen allerdings nicht in erster Linie dem IWH anzulasten ist. Dadurch mangelt es u. a. an Möglichkeiten, eine den heutigen Standards entsprechende Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen eines strukturierten Graduiertenprogramms durchzuführen. Das IWH sollte daher in seinen Bemühungen nicht nachlassen, sich intensiv mit den regional ansässigen Universitäten wissenschaftlich zu verzahnen und entsprechende Partnerschaften zu initiieren.

In Anbetracht dessen, dass der Präsident erst seit zwei Jahren im Amt ist und in diesem Zeitraum aner kennenswerte Entwicklungsimpulse gesetzt hat, sehen die Gutachter die Möglichkeit, dass sich die positive Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Das IWH ist bereits jetzt für die Untersuchung insbesondere der ostdeutschen, aber auch der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung bedeutsam. Um wissenschaftlich erfolgreicher zu werden, muss allerdings das Institut ein Leitbild sowie ein konzentriertes Forschungsprogramm entwickeln, das an die traditionellen Institutskompetenzen anknüpft und die Forschungsfelder herausstellt, die das Potential besitzen, Alleinstellungsmerkmale des IWH zu festigen bzw. zu begründen.

Damit sich das IWH positiv entwickeln kann, müssen die notwendigen personalrechtlichen und budgetären Voraussetzungen vorliegen. Hierbei wäre eine engagiertere Unterstützung des IWH seitens des Sitzlandes Sachsen-Anhalt wünschenswert.

2. Auftrag, Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte

Die Forschungskompetenz des IWH liegt schwerpunktmäßig im Bereich der Transformations- und Posttransformationsökonomik. Im Zuge der inhaltlichen Reorganisation hat das Institut die Transformationsforschung in das allgemeinere formulierte Leitthema „Institutioneller Wandel und globale Integration“ überführt. Die Begründung für diese Entscheidung – die Systemtransformation der früheren Zentralverwaltungswirtschaft in Mittel- und Osteuropa sei weitgehend abgeschlossen und werde als Sonderfall des allgemeinen institutionellen Wandels unter den Bedingungen der globalen Integration gesehen – ist nicht überzeugend. Aus dem formalrechtlichen Abschluss der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa folgt noch nicht, dass die Marktwirtschaften in den Übergangsländern tatsächlich so funktionieren wie z. B. in Westeuropa. Finanzsysteme, Rechtssysteme und Steuersysteme in diesen Ländern bieten nach wie vor erhebliches Forschungspotential für Systemübergänge, auch solche, die nicht funktionieren. Zudem ist die Transformationsforschung als spezifische Institutskompetenz in der Organisationsstruktur, im übergreifenden Leitthema sowie im Forschungsprogramm nur noch wenig sichtbar. Das IWH vergibt damit eine wichtige Chance, ein identitätsstiftendes Profil weiterzuentwickeln, das dem Institut eine wissenschaftliche Al-

leistung bietet, indem es die relativen Wettbewerbs- und Differenzierungsvorteile, die das IWH gegenüber anderen Forschungseinrichtungen auszeichnet, herausstellt. Der Institutsstandort in Sachsen-Anhalt gibt dem IWH zudem die Möglichkeit, den Transformationsprozess in Ostdeutschland sowie Mittel- und Osteuropa aus unmittelbarer Nähe zu beobachten und zu analysieren sowie die Untersuchungsergebnisse für die wirtschaftspolitische Beratung der Neuen Bundesländer zu nutzen.

Die Gutachter empfehlen dringend, die strategische Neuausrichtung des Instituts zu überprüfen. Die Mitarbeiter identifizieren sich stark mit der Transformationsforschung und sehen ihre Kompetenzen vor allem in der Bearbeitung transformations- und posttransformationsökonomischer Fragestellungen. Die offensichtliche Diskrepanz zwischen den Zielvorstellungen der Institutsleitung und den Kompetenzen sowie der Identifikation des wissenschaftlichen Personals gilt es zu beseitigen, indem das Forschungsprogramm deutlicher als bisher an die traditionell gewachsene Kompetenz in der Transformationsforschung anknüpft und diese ggf. um Forschungsfelder erweitert, die bislang von keinem der anderen wirtschaftswissenschaftlichen Institute schwerpunktmäßig bearbeitet werden. In diesem Sinne könnte z. B. erwogen werden, die Transformationsforschung um die damit eng verbundene Entwicklungsökonomik zu ergänzen.

Das Forschungsprogramm gibt bislang unzureichend Antwort auf die Frage, worin die spezifische Forschungslücke besteht, zu deren Schließung das IWH beitragen möchte. Das Forschungsprogramm ist thematisch heterogen; die 14 Forschungsfelder der vier Abteilungen – „Makroökonomik“, „Strukturökonomik“, „Industrieökonomik“ und „Stadtökonomik“ – stehen unvermittelt nebeneinander, ohne dass eine inhaltliche oder methodische Klammer oder anderweitige Verbindung erkennbar würde. In drei von vier Abteilungen („Makroökonomik“, „Industrieökonomik“ und „Stadtökonomik“) besteht auch innerhalb der Forschungsfelder noch eine erhebliche Heterogenität, so dass unklar ist, in welchem Zusammenhang die einzelnen Projekte stehen und wie sie in der Forschungspraxis miteinander verbunden werden. Die thematische Zersplitterung führt dazu, dass eine systematische Bearbeitung der ausgewiesenen Forschungsfelder nicht möglich ist. Offensichtlich geht es dem IWH weniger darum, die Forschungsfelder systematisch abzudecken, als vielmehr Einzelprojekte zu ausgewählten Aspekten der Forschungsfelder zu bearbeiten. Transparente Kriterien für die Auswahl von Forschungsprojekten sind aber nicht erkennbar. Bei der Projektauswahl muss sich die Institutsleitung verstärkt darum bemühen, das Spannungsverhältnis zwischen den inhaltlichen Vorgaben des Forschungsprogramms und der Selbstbestimmung der Forscher zu entschärfen.

Die **Abteilung „Makroökonomik“** beschäftigt sich mit den Forschungsfeldern „Finanzmärkte und Finanzinstitutionen“, „Internationaler Standortwettbewerb und nationaler Arbeitsmarkt“, „Konjunktur und Wachstum“ sowie „Dynamik makroökonomischer Aggregate in Ostdeutschland“. Diese Abteilung ist die personalstärkste Abteilung des IWH. Der hohe Personalbestand resultiert aus den regelmäßigen Beiträgen der Abteilung zur „Gemeinschaftsdiagnose“. Fraglich ist, inwieweit die Drittmittelfinanzierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den personellen Aufwand tatsächlich trägt. Hinzu kommt, dass die Gemeinschaftsdiagnose zukünftig europaweit im Wettbewerb ausgeschrieben werden soll, so dass diese Finanzierung nicht garantiert werden kann. Die bisherige Beteiligung an der Gemeinschaftsprognose verläuft jedoch erfolgreich und ist für das Institut profilbildend. Die Arbeiten zur Gemeinschaftsprognose und zu Konjunktur und Wachstum insgesamt sind in den internationalen Forschungsverbund gut integriert.

Die Abteilung verfügt über gute methodische Kompetenzen auf dem Gebiet des makroökonomischen Modellbaus sowie der Wirtschaftsprognose. Es werden wichtige Daten im unterjährigen Bereich für die Konjunkturbeobachtung in den ostdeutschen Ländern erstellt so-

wie Input-Output-Analysen angefertigt. Die Forschungsthemen der Abteilung sind inhaltlich aber insgesamt zu ambitiös angelegt und sollten daher auf die vorhandenen Kapazitäten hin geprüft werden. Die Forschungsthemen sollten insgesamt stärker fokussiert werden.

Die Abteilung will sich demnächst intensiver mit der mikroökonomischen Fundierung makroökonomischer Erwartungsbildung, so etwa mit neueren Ansätzen zur erwartungsbezogenen Modellierung von Preisänderungen, befassen. Die Fragen zur Erwartungsbildung sind zwar grundsätzlich interessant, aber es ist unklar, ob hier eine konkurrenzfähige Forschungsleistung erbracht werden kann. Es wäre zu prüfen, ob eine Regionalisierung dieses Ansatzes möglich ist. Auch eine stärkere Analyse verschiedener Facetten der Lohnbildung scheint gerade im Hinblick auf regionale Spezifika in den ostdeutschen Ländern vielversprechend zu sein.

Die Beschäftigung mit dem Forschungsfeld „Finanzmärkte und Finanzinstitutionen“ wird als zukunftssträftig angesehen; allerdings ist offen, wie das IWH in diesem, auch an anderen Instituten kompetent besetzten Forschungsfeld die notwendige Konkurrenzfähigkeit, z. B. in der Methodik, erzielen will. Die Zusammenarbeit mit der Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank (EZB) in diesem Forschungsfeld ist ausbaufähig und könnte dem Institut weitere Kooperationsmöglichkeiten eröffnen.

Im Forschungsfeld „Internationaler Standortwettbewerb und nationaler Arbeitsmarkt“ beschäftigt sich ein Projekt mit der Fragmentierung der Produktion – ein Thema, das gerade im Zusammenhang mit Fragen zur Arbeitsteilung zwischen den EU-Kernländern, den ostdeutschen Ländern und dem EU-Erweiterungsraum zur Profilierung der Institutsforschung beiträgt. Es bietet sich an, dieses Thema mit einer vertieften Analyse von Außenhandelsdaten zu kombinieren oder in Beziehung zu den Arbeitsmarktdaten zu setzen, so z. B. unter dem Aspekt der Qualifikationsanpassung.

Die Wissenschaftler haben im Berichtszeitraum neun Publikationen in referierten Zeitschriften veröffentlicht, wobei sechs davon auf einen Mitarbeiter entfallen, der mittlerweile das IWH verlassen hat. Die Abteilung sollte ihre Publikationstätigkeit in anerkannten Fachzeitschriften deutlich intensivieren.

Die regelmäßige Durchführung der Makroökonomischen Workshops wird positiv hervorgehoben.

Die **Abteilung „Strukturökonomik“** bearbeitet die Forschungsfelder „Konvergenz strukturschwacher Regionen“, „Implikationen des demographischen Wandels für Wachstum und Strukturwandel“ sowie „Wirkungsanalyse wirtschafts- und förderpolitischer Maßnahmen“. Sie ist mit 11 Wissenschaftlern die zweitgrößte Forschungsabteilung des IWH.

Die Abteilung verfolgt das Ziel, den Strukturwandel in den ostdeutschen Bundesländern und mittel- und osteuropäischen Transformationsländern zu untersuchen. Die bearbeiteten Fragestellungen zur Wirtschaftsentwicklung in den ostdeutschen Ländern, mit Blick auf Probleme, die im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung und dem Globalisierungsprozess stehen, werden als langfristig interessant eingeschätzt. In den regionalökonomisch und innovationsökonomisch angelegten Forschungsprojekten werden die im Bereich der Transformationsforschung bestehenden traditionellen Kompetenzen des IWH genutzt und weiterentwickelt. Die Integration von Arbeitsgruppen aus den aufgelösten Abteilungen „Arbeitsökonomik“ und „Mittel- und Osteuropa“ hat das Abteilungsprofil weiter gestärkt.

Die Abteilung besetzt wichtige Themen, die die Stärke und Alleinstellung des IWH begründen könnten und die daher fortgeführt werden sollten. Die Forschungsprojekte stehen in einem erkennbaren thematischen Zusammenhang. Das Forschungsprogramm der Abteilung

ist inhaltlich ambitioniert und in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Abteilung zugleich realistisch angelegt.

Die Qualität und Anzahl der Publikationen im Berichtszeitraum liegt im Vergleich zu den anderen Abteilungen etwas höher (10 referierte Veröffentlichungen), wobei auch hier das Ergebnis noch deutlich verbesserungsfähig ist. Die Forschungsergebnisse sollten verstärkt in angesehenen internationalen Fachzeitschriften publiziert werden.

Die Mitarbeiter verfügen über ein erhebliches Erfahrungswissen zu Transformationsprozessen in den ostdeutschen Bundesländern und mittel- und osteuropäischen Staaten. Sie sind qualifiziert und arbeiten kompetent unter einer engagierten Abteilungsleitung. Die personelle Zusammensetzung ist sorgsam mit Blick auf komplementäre Kompetenzen gewählt. Die geplante Verringerung der personellen Ausstattung dieser Abteilung infolge eines erzwungenen Abbaus von Stellen, die dem Präsidenten mit der Berufungszusage temporär zugesprochen waren, wird kritisch gesehen, da sie die Transformationsforschung zu sehr schwächen würde.

Die **Abteilung „Industrieökonomik“** verfügt über neun Mitarbeiter, davon sind drei promoviert. Die Forschungsfelder der Abteilung beziehen sich auf „Industrieökonomik und Wettbewerb“, „Regulierung und Infrastruktur“ sowie „Unternehmen und Risiko“.

Das Forschungsprogramm der Abteilung ist unklar. Die drei Forschungsfelder decken ein äußerst breites inhaltliches Spektrum ab, dessen Zusammenhang schwer erkennbar ist. Es handelt sich teilweise um interessante Forschungsfragen, die aber unverbunden nebeneinander stehen und nicht an die am Institut vorhandenen Kompetenzen anschließen. Ihr potentieller Beitrag zum Forschungsprogramm des Instituts und zu einer tragfähigen Profilbildung des IWH ist nicht erkennbar. Es ist nicht offensichtlich, welche Merkmale die industrieökonomische Forschung am IWH gegenüber derjenigen in industrieökonomischen Abteilungen konkurrierender Forschungsinstitute auszeichnen.

Im Forschungsfeld „Regulierung und Infrastruktur“ werden wettbewerbsfähige Projekte bearbeitet, die allerdings an einen Mitarbeiter gebunden sind, der Ende des Jahres 2006 das IWH verlassen hat. Die Forschungsfelder „Unternehmen und Risiko“ und „Industrieökonomik und Wettbewerb“ sind wissenschaftlich wenig aussichtsreich und nur eingeschränkt konkurrenzfähig. Hier fehlt es an einer wissenschaftlich tragfähigen Fragestellung sowie an spezifischen spieltheoretischen und ökonometrischen Kompetenzen für die Analyse „enger Märkte“. Einige Projekte, z. B. zur Regulierung in unvollkommenen Märkten, werden als wenig innovativ eingeschätzt. Die Konzeption und die Besonderheit des im Aufbau befindlichen „Hallenser Risikopanel“ sind unklar geblieben.

Die Anzahl von 12 Projekten ist angesichts der Anzahl der Mitarbeiter zu umfangreich. Zudem beinhalten diese Projekte größere Themenbereiche, deren Bearbeitung jeweils mehrere Mitarbeiter vornehmen könnten und sollten. Hinzu kommen etwa 12 Projekte in den fünf abteilungsübergreifenden Forschungsschwerpunkten, in denen ebenfalls industrieökonomische Kompetenz nachgefragt wird.

Der Abteilungsleiter ist sehr engagiert. Er war maßgeblich an der Einwerbung von EU-Projektmitteln beteiligt. Gleichwohl ist die Abteilung in der gegenwärtigen Personalbesetzung überfordert, die Themen mit einem hohen wissenschaftlichen Anspruch und in der geplanten Breite bearbeiten zu können. Die Abteilung besteht aus überwiegend jungen und in der Forschung entsprechend unerfahrenen Mitarbeitern, die noch eine intensive wissenschaftliche Betreuung und Heranführung an den internationalen *state-of-the-art* benötigen, bevor sie mit exzellenter Forschung reüssieren können.

Da die Abteilung „Industrieökonomik“ im Moment wissenschaftlich wenig aussichtsreich und für die zukünftige Profilierung des IWH nicht unbedingt notwendig erscheint, sollte geprüft werden, welcher Stellenwert dieser Thematik in der Gesamtkonzeption des Instituts zukommen soll. Für die längerfristige strategische Institutsentwicklung ist es grundsätzlich wichtig, auch auf Forschungsfeldern zu arbeiten, die noch nicht zu den Institutsstärken zählen, um so Profil bildende Kompetenzen entwickeln zu können. Die *Industrieökonomik* könnte eine solche Kompetenz sein. Es wird jedoch empfohlen, für den schrittweisen Aufbau dieser Kompetenz eine andere organisatorische Lösung zu finden. Das IWH sollte eine Auflösung dieser Abteilung zugunsten des Aufbaus einer kleineren Forschungsgruppe, die dem Präsidenten direkt zugeordnet ist, in Erwägung ziehen. Ein anderer Teil der Mitarbeiter könnte die Forschung in den Abteilungen „Strukturökonomik„ oder „Stadtökonomik“ verstärken, in denen gute Potentiale für die weitere Profilierung des IWH gesehen werden.

In der **Abteilung „Stadtökonomik“** arbeiten sieben Wissenschaftler, davon sind fünf promoviert, einer davon habilitiert. Die Mitarbeiter beschäftigen sich mit den Forschungsfeldern „Wachstumsprozesse in Stadtregionen“, „Abschätzung der Stadtumbaufolgen“, „Effiziente Arrangements im Bereich der Kommunalwirtschaft“ sowie „Staatlicher Rahmen für Stadtentwicklung und Kommunalwirtschaft“.

Stadtökonomische Themen sind von zentraler wirtschafts-, standort-, sozial-, arbeitsmarkt- und migrationspolitischer Bedeutung für die zukunftsfähige Gestaltung von Agglomerationsräumen. Daher wird der Abteilung eine hohe Bedeutung für die Profilierung des Instituts sowie zur Begründung eines wissenschaftlichen Alleinstellungsmerkmals zugeschrieben. Allerdings kann diese Profilierungschance mit den gegenwärtig beim wissenschaftlichen Personal vorhandenen theoretischen und methodischen Kompetenzen, dem laufenden Forschungsprogramm und der verfügbaren Datenbasis nicht wahrgenommen werden. Der Status quo lässt keine international wettbewerbsfähige Forschung in *Urban Economics* erwarten. Daher sollte die Abteilung thematisch und personell möglichst neu aufgestellt und aufgewertet werden. Es wird angeregt, in diesem Bereich eine gemeinsame Professur mit einer Universität zu schaffen, ggf. als Stiftungsprofessur finanziert durch die Immobilienwirtschaft oder andere Sponsoren. Als Leitbilder für eine Neugestaltung oder auch als Kooperationspartner könnten z. B. das *Urban Institute* in Washington, D.C., oder das *Berkeley Program on Housing and Urban Policy* der University of California, Berkeley, dienen.

Positiv hervorzuheben sind die Arbeiten zu ökonomischen Entwicklungskernen in Ostdeutschland, die zwar auch rein deskriptiv angelegt sind, jedoch wirtschaftspolitisch bedeutsam sind. Die in diesem Zusammenhang aufgebaute Sammlung von Daten, z. B. das „kommunalwirtschaftliche Panel“ soll nach Angaben des Instituts erweitert werden. Ein systematischer Aufbau von Dateien dieser Art zur Analyse spezifischer ostdeutscher und mittelosteuropäischer Wachstumsprobleme sowie zum intra- und internationalen Vergleich wird dringend empfohlen.

Die Forschungsfelder der Abteilung sind thematisch und methodisch wenig miteinander verknüpft. Während die ersten beiden Forschungsfelder inhaltlich und methodisch an die *New Economic Geography* anknüpfen, beziehen sich die beiden letzten auf die Industrieökonomik. In allen Forschungsfeldern wird solide, methodisch gesehen deskriptive Arbeit geleistet. Allerdings scheint es an theoretischer Kompetenz, an der Kompetenz zur Umsetzung von theoretischen Fragestellungen in quantifizierte, empirisch überprüfbare Hypothesen sowie an ökonometrischer Kompetenz zu fehlen. Z. B. hat sich die Abteilung mit den formalen Modellen der die Forschungsliteratur in den letzten Jahren dominierenden *New Economic Geography* bisher wenig auseinandergesetzt. Die stärkere Bezugnahme auf diese Ansätze könnte bislang fehlende Publikationserfolge in höherrangigen internationalen Zeitschriften

ermöglichen. Gute Ansatzpunkte für eine Einbindung in die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft sind etwa in der regen Teilnahme an internationalen Konferenzen zu erkennen.

Die Forschungsfelder sollten ergänzt werden um das angesichts der Entwicklungen in den ostdeutschen Ländern und den mittel- und osteuropäischen Ländern bedeutsame Thema der Stadt-Umland-Probleme; die Bearbeitung des Themas Stadtumbau sollte intensiviert werden. Beide Forschungsfelder gehören nicht zu den Schwerpunkten der anderen Wirtschaftsforschungsinstitute. Zugleich könnten sie zahlreiche Bezüge zu spezifisch ostdeutschen Forschungsgegenständen eröffnen – so etwa dem Zusammenspiel von demographischem Wandel, Abwanderung, hohen und teilweise fehlgeleiteten Investitionen in Immobilien- und Infrastrukturprojekte –, deren Untersuchung lohnend erscheint.

Die Forschungsleistung der Abteilung ist in der wissenschaftlichen Gemeinschaft unzureichend sichtbar. Es ist dringend erforderlich, dass die Art und Anzahl der Publikationen verbessert wird.

Die Bedeutung der auf Empfehlung des Wissenschaftsrates eingeführten fünf **abteilungsübergreifenden Forschungsschwerpunkte** im Gesamtkonzept des Instituts und ihre Verbindungen zu den Abteilungen sind nicht erkennbar; ihnen scheint nur randständige Bedeutung zuzukommen. Der thematischen Heterogenität in und zwischen den Abteilungen wirken sie nicht effektiv entgegen. Die Weiterführung der Forschungsschwerpunkte ist zu prüfen und ggf. ihre Anzahl zu reduzieren. Der Forschungsschwerpunkt „Wissen und Innovation“ hat hinsichtlich seiner Zielsetzung überzeugt und sollte fortgeführt werden. Der geplante Ausbau der „Prognosemethodik 2010“ wird ebenfalls als ein innovatives Vorhaben eingeschätzt.

Das IWH sollte die Möglichkeit nutzen, in einigen der bearbeiteten Forschungsfelder Profil bildende **Datenbanken**, die auch für externe Forscher und Institutionen von Interesse sein könnten, aufzubauen bzw. die bereits vorhandenen Datenbestände in dieser Weise zu konsolidieren. Die bisherigen Entwicklungen im technischen Bereich sind lobenswert und sollten fortgesetzt werden. Inhaltlich liegt es nahe, Datensätze für ostdeutsche Städte und Regionen sowie für mittel- und osteuropäische Länder aufzubauen. In diesem Sinne sollte der Aufbau einer *Foreign Direct Investment (FDI)-Datei* für mittel- und osteuropäische Länder oder der Datei zur Erstellung kommunaler Leistungen verstärkt fortgesetzt werden. Offensichtlich werden aber Initiativen von Mitarbeitern zur Aufbereitung und Pflege von Primärdaten durch die Institutsleitung nicht gefördert. Die Institutsleitung sollte ihre Zurückhaltung gegenüber der Erstellung und Pflege von Datensätzen aufgeben und die Bereitstellung von Datensätzen gezielt als einen Wettbewerbsvorteil nutzen. Durch eine exklusive Vorhaltung von ausgewählten Datenbanken bietet sich die Chance, wertvolle Forschungsk Kooperationen zu initiieren und Gastwissenschaftler an das Institut zu binden.

3. Struktur und Organisation

Der Wissenschaftsrat hatte im Jahre 2000 angeregt, die Organisationsstruktur des Instituts zu straffen und die Anzahl der Abteilungen zu reduzieren. Das IWH hat in der Folge die Abteilungen „Arbeitsmarkt“ und „Mittel- und Osteuropa“ aufgelöst und die übrigen Abteilungen neu gegliedert. Allerdings spiegelt die gegenwärtige Abteilungsstruktur nicht die genuinen Kompetenzen des Instituts wider und trägt nicht dazu bei, die thematischen Stärken zu festigen.

Der neue **Präsident** des IWH ist engagiert und setzt in der Forschung ambitionierte Ziele. Mit seinem Amtsantritt hat sich eine stärkere Forschungsorientierung am Institut durchge-

setzt, die von den Mitarbeitern erkennbar mitgetragen wird. Der Präsident verfügt über einen starken Rückhalt beim Institutspersonal. Die Arbeitsatmosphäre ist seit dem Wechsel produktiv und harmonisch.

Der **Wissenschaftliche Beirat** sollte seine kritische Funktion künftig stärker wahrnehmen. Er muss das Institut aktiv in der Umsetzung der Empfehlungen unterstützen und den Entwicklungsprozess des IWH konstruktiv begleiten. Eine internationalere Besetzung des Beirats sollte in Erwägung gezogen werden.

Die **Verwaltung** ist effizient organisiert. Die zentrale Datenverarbeitung und die informationstechnische Ausstattung der Arbeitsplätze sind technisch auf dem aktuellen Stand und werden personell sehr gut betreut.

Die **Institutsbibliothek** ist sehr gut geführt und weist eine hohe Anzahl laufender aktueller Zeitschriften auf (ca. 500). Der nach Kieler ZBW-Systematik organisierte Bücherpräsenzbestand ist mit über 50.000 Exemplaren beachtlich; eine effektive Kooperation mit Hochschulen und anderen Wirtschaftsforschungsinstituten erweitert das Spektrum kurzfristig beschaffbarer Literatur erheblich. Die Bibliothek kooperiert in vielen Bereichen erfolgreich mit der MLU, so z. B. bei Lizenzzugängen.

Die **Öffentlichkeitsarbeit** hat die Außendarstellung des Instituts gefördert, insbesondere durch die Herausgabe von aktuellen Periodika wie etwa *Wirtschaft im Wandel*. Die Qualitätssicherung erfolgt in diesem Bereich, indem das Nutzerverhalten beobachtet wird, z. B. in Form von Abonnentenzahlen und Internetaufrufen.

Die **Institutssatzung** ist in zwei Punkten zu ergänzen: Zum einen ist das Vetorecht der Zuwendungsgeber, das mit Beschluss der BLK aus dem Jahre 2000² vorgegeben ist, zu verankern. Zum anderen sind die Befugnisse des Vorstandsrates hinsichtlich der Beschlusskompetenz klar zu stellen.

4. Mittelausstattung, -verwendung und Personal

Die Höhe der vom IWH akquirierten **Drittmittel** ist im Berichtszeitraum deutlich angestiegen, aber immer noch zu gering. Dies betrifft insbesondere Drittmittel, die in kompetitiven Verfahren vergeben werden. Im Jahr 2005 wurden insgesamt Mittel in Höhe von 800.000 € eingeworben. Dieser Betrag stammt zum größten Teil aus Beiträgen zur „Gemeinschaftsdiagnose“. Die Höhe der EU-Mittel ist auf 111.000 € im Jahre 2005 angewachsen. Das IWH hat im Berichtszeitraum allerdings keine DFG-Mittel erhalten und auch keine Anträge auf Forschungsförderung bei der DFG gestellt. Die Begründung, dass man zunächst einen Schwerpunkt auf EU-Mittel gelegt habe, ist nicht nachvollziehbar. Die Höhe der Stiftungsmittel (z.B. VolkswagenStiftung, Fritz Thyssen Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung) ist gering. Dem IWH wird empfohlen, die positive Tendenz bei der Drittmittelinwerbung fortzusetzen und die Höhe der Drittmittel weiter zu steigern. Insbesondere sind Anträge auf Forschungsförderung bei der DFG zu stellen.

Das IWH übt nach eigenen Angaben gegenüber der **Übernahme von Aufträgen** aus der Wirtschaft Zurückhaltung. Diese ist unbegründet, die steuerrechtlichen Bedenken des Instituts werden von der Bewertungsgruppe nicht geteilt. Andere ebenfalls als gemeinnützige Vereine organisierte und öffentlich finanzierte Forschungsinstitute kennen dieses Problem

² Vgl. "Verständigung über Einzelfragen bei der gemeinsamen Förderung der Einrichtungen der Blauen Liste" (Beschluss des Ausschusses "Forschungsförderung" vom 24. Juli 2000)

nicht. Das Institut sollte mit dem Wissenschaftlichen Beirat und den Zuwendungsgebern klären, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die Übernahme von Aufträgen aus der Industrie mit der Institutssatzung vereinbar ist.

Das IWH hat für die Jahre 2006 und 2007 ein **Programmbudget** vorgelegt. Das Programmbudget enthält eine Gegenüberstellung von Leistungsparametern, Kosten und Erlösen nur für das gesamte Institut; es umfasst keine Programmbereiche im engeren Sinne. Es findet jedoch eine Aufschlüsselung nach Personenmonaten für die einzelnen Schwerpunktbereiche statt. Bei einem Institut ohne großes technisches Gerät und daher pauschalisierbaren *Overhead*-Kosten ist die Aufschlüsselung allein nach Personalkapazität vertretbar.

Die Vorgaben des federführenden Wirtschaftsministeriums von Sachsen-Anhalt zur Haushaltsbewirtschaftung widersprechen in Teilen den Beschlüssen der Regierungschefs von Bund und Ländern von 1997. Zu den unvereinbaren Vorgaben gehört beispielsweise, dass das IWH einen Wirtschaftsplan neben dem von der BLK vorgegebenen Programmbudget vorlegen muss. Auch ist nicht sichergestellt, dass nicht verausgabte Mittel grundsätzlich übertragen werden können. Diese extrem restriktiven haushaltsrechtlichen Vorgaben haben die Konsequenz, dass Aufträge des Wirtschaftsministeriums wegen des verbindlichen Stellenplans zu Minderausgaben im institutionell finanzierten Bereich führen, dann aber die überjährige Übertragung freier Mittel nicht zugelassen wird.

Das IWH hat es verstanden, auf der Postdoc-Ebene einige sehr qualifizierte Wissenschaftler anzuziehen, die zur Verbesserung der Forschungsleistungen maßgeblich beigetragen haben. Die besten Arbeiten des Instituts stammen vielfach von ihnen. Es gilt, diesen **Leistungsträgern** stärker als bisher Verantwortung zu übertragen. Nicht alle der gegenwärtigen Abteilungsleiter gehören zu den wissenschaftlichen Leistungsträgern des Instituts und sind in der Lage, ihre Mitarbeiter entsprechend zu fördern und anzuleiten. Umgekehrt werden jüngeren Mitarbeitern teilweise zu wenig Chancen eingeräumt, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, obwohl sie überwiegend sehr gut ausgebildet und hoch motiviert sind. Sie könnten bei entsprechender Betreuung durchaus in der Lage sein, international wahrnehmbare Forschung zu leisten.

Das Institut steht gerade bei den sehr guten Postdocs im intensiven Wettbewerb mit anderen Institutionen und wird darauf zu achten haben, dass es die Qualität auf diesem Niveau hält. Um Abwerbungen leistungsfähiger Mitarbeiter durch andere Institute begegnen zu können, braucht das IWH größere Flexibilität in der Personalpolitik.

Das IWH hat für die Entwicklung seines wissenschaftlichen Personals klare und leistungsorientierte Regeln eingeführt. So müssen als Voraussetzung für eine Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen spezifizierte Publikationsleistungen vorliegen. Andere Anreize bestehen in der finanziellen Bezuschussung von Reisekosten, die bei der Teilnahme an Konferenzen oder Veranstaltungen zur Weiterqualifizierung anfallen.

5. Nachwuchsförderung und Kooperation

Das IWH sieht es als seine Aufgabe, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Gegenwärtig arbeiten 12 **Nachwuchswissenschaftler** am Institut. Die Qualifikationsarbeiten der IWH-Mitarbeiter gelten erfreulicherweise nicht länger als ein Nebenprodukt der sonstigen Tätigkeit, sondern stehen nunmehr im Zentrum der Forschungsarbeit. Zur Erzielung von wissenschaftlichen Spitzenleistungen sind die Nachwuchswissenschaftler aber auf eine starke Betreuung angewiesen. Eine erwägenswerte Möglichkeit, die notwendigen Betreuungsmög-

lichkeiten auszuweiten, könnte darin bestehen, Forschungsprofessuren einzurichten. Andere wirtschaftswissenschaftliche Institute der Leibniz-Gemeinschaft könnten dabei als Vorbild dienen. Die in der Forschung erforderlichen ökonomischen und spieltheoretischen Methoden werden durch entsprechende Veranstaltungen unter Anleitung eines Wissenschaftlers aus dem Institut vermittelt. Dass es diese Unterstützung gibt, wird begrüßt, doch ist dies auf Dauer kein adäquater Ersatz für ein strukturiertes **Graduiertenprogramm**, in das auch externe Wissenschaftler aus der MLU oder aus anderen Universitäten einbezogen werden.

Das IWH sollte nicht darauf warten, dass von den umliegenden Universitäten die Initiative zum Aufbau eines Graduiertenprogramms ergriffen wird, vielmehr sollte es selbst initiativ werden. Vorbilder für institutionenübergreifende Graduiertenprogramme sind z. B. die *Ruhr Graduate School in Economics*, die das RWI Essen gemeinsam mit mehreren Partneruniversitäten aufgebaut hat, oder das *Bavarian Graduate Program in Economics*, ein Zusammenschluss der bayerischen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Institute.

Die Einbindung des IWH in die **Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** (MLU) ist unzureichend entwickelt. Dieser Umstand ist allerdings weniger dem Institut anzulasten als vielmehr der Universität. Die MLU zeigt sich gegenüber dem IWH bislang distanziert – im Rahmen der strategischen Gesamtentwicklung der Universität spielt das IWH bestenfalls eine randständige Rolle. Das Problem, die gegenseitigen Erwartungshaltungen von IWH und MLU einander anzupassen, ist nur schrittweise und auf längere Sicht zu lösen. Daher wird das IWH in seiner Haltung nachdrücklich bestärkt, sich nicht allein auf die MLU auszurichten, sondern Kooperationen mit allen stärker ausgebauten volkswirtschaftlichen Fakultäten der benachbarten Universitäten zu suchen. Die Beziehungen zur Universität Leipzig sowie zur TU Bergakademie Freiberg sind bislang allerdings erst sehr schwach ausgebildet und im Wesentlichen durch die Übernahme von Lehrveranstaltungen durch das IWH gekennzeichnet.

Das Land Sachsen-Anhalt sollte prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Kooperation zwischen MLU und IWH zu fördern. So sollte das Land die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das IWH frei werdende Abteilungsleiterstellen in gemeinsamen Berufungsverfahren mit der Universität besetzen kann. Gegenwärtig ist nur der Präsident des IWH gemeinsam mit der MLU berufen, was als nicht ausreichend erachtet wird. Falls die MLU ihre Zurückhaltung in dieser Frage nicht aufgibt, sollte das IWH versuchen, andere Universitäten für gemeinsame Berufungen zu gewinnen.

Das IWH hat erste Anstrengungen unternommen, sich **international zu vernetzen**. Diese Bemühungen um Kooperationen mit international ausgewiesenen Forschern müssen ausgebaut werden. Dabei sollte das IWH verstärkt Brücken nach Osteuropa schlagen und ein Netzwerk zur Osteuropa-Forschung aufbauen. Es ist nicht klar, ob das IWH eine Strategie zur gezielten Netzwerkbildung sowie daran anknüpfend zur Internationalisierung der Forschung verfolgt.

Die Präsenz der Institutswissenschaftler auf großen wissenschaftlichen Tagungen mit kompetitivem Zulassungsverfahren ist bislang unzureichend. Die aktive Beteiligung an diesen Tagungen ist ein Indikator wissenschaftlichen Erfolgs. Daher sollte sich das IWH mehr darum bemühen, auf wichtigen Tagungen im In- und Ausland regelmäßig präsent zu sein.

Dem IWH wird dringend empfohlen, die Möglichkeit zu nutzen, herausragende Wissenschaftler als **Forschungsprofessoren**³ an das Institut zu binden, beispielsweise auch, um gemeinsame Anträge auf Forschungsförderung vorzubereiten. Zusätzlich sollte das IWH ein Gastwissenschaftlerprogramm etablieren.

6. Arbeitsergebnisse und fachliche Resonanz

Die Publikationsleistung des Instituts hat sich im Berichtszeitraum quantitativ und qualitativ verbessert, die besten Publikationen des Instituts sind interessant und professionell. Sie entsprechen dem internationalen Standard in einer Weise, wie das früher bei den außeruniversitären wirtschaftswissenschaftlichen Instituten nur in Ausnahmefällen anzutreffen war. Gemessen an der Anzahl und Qualität von Veröffentlichungen in **referierten Fachzeitschriften** ist die Publikationsleistung aber immer noch unbefriedigend. Angesichts der Anzahl von 51 Wissenschaftlern am IWH ergibt sich für das Jahr 2005 eine Publikationsrate von 0,33 bezogen auf referierte Fachartikel pro Wissenschaftler. Dabei konzentrieren sich diese Publikationen auf wenige Leistungsträger. Zudem ist der Zuwachs an begutachteten Publikationen zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass in deutschsprachigen Zeitschriften sowie in sehr eng ausgerichteten internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht wurde, die in der wissenschaftlichen Gemeinschaft keinen allzu großen Widerhall haben. Von den für das Jahr 2005 aufgeführten 17 Publikationen in Fachzeitschriften mit Begutachtungssystem sind drei in Zeitschriften erschienen, die in den einschlägigen internationalen *Rankings*⁴ geführt werden. Auch die Publikationsliste für das Jahr 2006 weist nur wenige Publikationen in international sichtbaren Zeitschriften auf. Die Mehrheit der referierten Publikationen erscheint in Zeitschriften wie *Applied Economics Quarterly* (früher: *DIW-Vierteljahrshefte*), *List-Forum* oder *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, d. h. Zeitschriften, die international weniger wahrgenommen werden, die sich aber in den letzten 20 Jahren an internationale Veröffentlichungsstandards angepasst und ein Begutachtungssystem eingeführt haben.

Daneben gibt es immer noch einen sehr großen Anteil an Publikationen, die in Sammelwerken und in Zeitschriften ohne Begutachtungssystem erscheinen. Solche Publikationen sind wenig sichtbar und haben daher nur in Ausnahmefällen eine Wirkung. Der Anteil an haus-eigenen Publikationen ist zurückgegangen, ist aber immer noch sehr hoch. Die Mitarbeiter verwenden erhebliche Ressourcen für die Erstellung von Beiträgen in den wissenschaftlich kaum wahrgenommenen hausinternen Organen. Die Publikationstätigkeit sollte sich wesentlich stärker auf die externe Veröffentlichung von wissenschaftlich anspruchsvollen Analysen zu wirtschaftspolitisch relevanten Themen konzentrieren.

Im Berichtszeitraum wurde eine Reihe von Maßnahmen zur **Qualitätssicherung** bei der Publikationstätigkeit eingeführt. So wurde etwa ein internes Begutachtungssystem für die Veröffentlichung von Arbeitspapieren geschaffen.

³ Forschungsprofessuren werden von außeruniversitären Forschungsinstituten eingerichtet, um stabile Kooperationen mit ausgewiesenen Wissenschaftlern aufzubauen und auf diesem Wege externe Kompetenz auf vertraglich geregelter Basis zu binden. Die Forschungsprofessoren nehmen in freiberuflicher wissenschaftlicher Nebentätigkeit unterschiedliche Aufgaben an den Instituten wahr.

⁴ Vgl. *Tinbergen-Liste 2003* (herausgegeben vom *Tinbergen Institute for Economic Research of Erasmus University Rotterdam, University of Amsterdam* und *Vrije University Amsterdam*) oder *Combes/Linnemer (2003)*, *Journal of the European Economic Association*, 12/2003, S. 1250 -1308.

7. Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Mit dem Amtsantritt des Präsidenten hat das IWH begonnen, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats umzusetzen. Die Institutsstruktur wurde den Empfehlungen entsprechend verändert. Durch die Auflösung der Abteilungen „Mittel- und Osteuropa“ und „Arbeitsmarkt“ hat das IWH allerdings der Empfehlung des Wissenschaftsrats, das Forschungsprogramm noch klarer auf die Untersuchung von Transformationsprozessen zu konzentrieren, nicht entsprochen.

Vom Wissenschaftsrat wurde die Kooperation zwischen dem IWH und der MLU als fruchtbar eingeschätzt und empfohlen, dass sich das IWH in dieser Kooperation stärker als Partner mit eigenen Anforderungen darstellt. Zurzeit ist die Einbindung des IWH in die MLU aus Gründen, die nicht in erster Linie vom IWH zu vertreten sind, unzureichend. Soweit die MLU sich für eine solche Zusammenarbeit nicht zur Verfügung stellt, sollte die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten der Region intensiviert werden.

Der Wissenschaftsrat empfahl dem IWH, Anträge auf Drittmittelfinanzierung bei der DFG und der EU zu stellen. Während EU-Mittel in nennenswertem Umfang eingeworben wurden, hat das Institut keine Anträge bei der DFG eingereicht.

Durch die Kooperation in EU-finanzierten Netzwerken ist das IWH der Empfehlung nachgekommen, die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu stärken.

Schließlich gilt weiterhin die Feststellung des Wissenschaftsrats, dass „die Mitarbeiter in noch zu geringem Maße in referierten Fachzeitschriften publizieren“. Die Publikationsleistungen haben sich im Berichtszeitraum zwar verbessert, sind aber immer noch unbefriedigend.

Der Anteil an befristet beschäftigten Wissenschaftlern wurde wie empfohlen erhöht. Die Anzahl an Doktoranden wurde ebenfalls erhöht, doch ist deren Betreuung zu verbessern.

8. Zusammenfassung der Empfehlungen der Bewertungsgruppe

- Die Neuorientierung des IWH seit Ende 2004 war mit der Veränderung des Forschungsprofils verbunden. Da dies eher zu einer Annäherung an die Forschungsprofile der anderen wirtschaftswissenschaftlichen Institute geführt hat, sollte die strategische Neuausrichtung überprüft werden. Dabei sollte Ziel sein, stärker als bisher an die traditionellen Kernkompetenzen des Instituts – die Transformations- und Posttransformationsforschung – anzuknüpfen und damit das Alleinstellungsmerkmal des Instituts stärker herauszustellen.
- Das Forschungsprogramm ist zu heterogen. Die vielfältigen Forschungsfelder und Einzelprojekte in den Abteilungen stehen unvermittelt nebeneinander. Daher sollte das Forschungsprogramm auf wenige, langfristig relevante Themenkomplexe konzentriert werden und es sollten die thematischen Bezüge untereinander hergestellt werden.
- Es sollte erwogen werden, die Abteilungen „Strukturökonomik“ und „Stadtökonomik“ wissenschaftlich insoweit zu stärken, dass mit den Abteilungsthemen eine Alleinstellung des IWH begründet werden kann. Für die Abteilung „Stadtökonomik“ sollte eine thematische und personelle Neuaufstellung in Betracht gezogen werden.
- Angesichts der unzureichenden Profilierung der Abteilung „Industrieökonomik“ sollte geprüft werden, welcher Stellenwert dieser Thematik in der Gesamtkonzeption des Instituts zukommen soll. Ggf. sollte eine alternative organisatorische Lösung gefunden werden.
- Da den neu eingeführten abteilungsübergreifenden Forschungsschwerpunkten nur randständige Bedeutung zukommt und sie der thematischen Heterogenität in und zwischen den

Abteilungen nicht effektiv entgegenwirken, sollte das IWH ihre Weiterführung prüfen und ggf. ihre Anzahl reduzieren.

- Die Institutsleitung sollte ihre Zurückhaltung gegenüber der Erstellung und Pflege von Datensätzen aufgeben und die Bereitstellung von Datensätzen gezielt als einen Wettbewerbsvorteil nutzen.
- Die Qualität und Anzahl der Publikationen muss verbessert werden. Der Anteil an Publikationen in hochrangigen referierten Fachzeitschriften sollte gesteigert werden.
- Die Einwerbung von begutachteten Forschungsdrittmitteln muss erhöht werden. Insbesondere müssen Anträge bei der DFG eingereicht werden.
- Die Beziehungen zur ansässigen Universität sind unzureichend entwickelt. Das IWH muss versuchen, durch geeignete Maßnahmen eine stärkere Einbindung sowohl in die MLU als auch in andere umliegende Universitäten zu erreichen.
- Zur Intensivierung der universitären Kooperation wird dringend empfohlen, für frei werdende Abteilungsleiterstellen gemeinsame Berufungen vorzusehen.
- Das IWH sollte Forschungsprofessuren am Institut mit dem Ziel etablieren, das Institut stärker in Netzwerke einzubinden.
- Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte intensiviert werden. Dabei sollte die Einführung oder Beteiligung an einem universitären Graduiertenprogramm Priorität genießen.
- Die wissenschaftliche Begleitung durch den Wissenschaftlichen Beirat ist verbesserungsfähig. Das Gremium sollte den Umstrukturierungsprozess aktiver und kritischer begleiten.
- Die Betreuung des IWH durch die Zuwendungsgeber ist zu verbessern. Die befassten Ressorts müssen die Rahmenbedingungen schaffen, die für eine erfolgreiche Entwicklung von Leibniz-Instituten essentiell sind. Dies betrifft u. a. die Durchsetzung der notwendigen Flexibilität in der Haushaltsbewirtschaftung.

Anhang

Mitglieder und Gäste der Bewertungsgruppe

1. Bewertungsgruppe

Vorsitzende (Mitglied des Senatsausschusses Evaluierung)

Prof. Dr. Martina **Brockmeier** Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik, Braunschweig

Stellvertretende Vorsitzende (Mitglieder des Senatsausschusses Evaluierung)

Prof. Dr. Max-Emanuel **Geis** Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Wolfram F. **Richter** Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre (Öffentliche Finanzen), Universität Dortmund

Externe Gutachter

Prof. Dr. Friedrich **Breyer** Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Universität Konstanz

Prof. Dr. Uwe **Cantner** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre / Mikroökonomik, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Horst **Entorf** Institut für Volkswirtschaft, Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Joachim **Frohn** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Hariolf **Grupp** Universität Karlsruhe und Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung

Prof. Dr. Martin **Hellwig** Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern und Universität Bonn

Prof. Dr. Joachim **Möller** Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg

Prof. Dr. Wilhelm **Pfähler** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Industrieökonomik, Universität Hamburg

Prof. Dr. Konrad **Stahl** Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre, insbes. Angewandte Mikroökonomik, Universität Mannheim

Prof. Achim **Wambach**, PhD Staatswissenschaftliches Seminar, Universität zu Köln

Prof. Dr. Paul J. J. **Welfens** Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen e. V. - EIIW an der Bergischen Universität Wuppertal

Vertreter des Bundes

RegDir Dr. Thomas **Roth** Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Vertreter der Länder

MinDirig Dr. Heribert **Knorr** Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Stuttgart

2. Gäste

Vertreter des zuständigen Bundesressorts

RegDir Reinhard **Heck**

Bundesministerium für Wirtschaft und
Technologie, Bonn

Vertreter des zuständigen Ressorts des Sitzlandes

Dr. Frank **Danek**

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des
Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Vertreterin der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn

MinR'in Rebekka **Kötting**

Vertreterin der Leibniz-Gemeinschaft

Prof. Dr. Heiderose **Kilper**

Institut für Regionalentwicklung und Struktur-
planung, Erkner

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats

Prof. Dr. Heinz Peter **Galler**

Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen
Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg

Vertreter kooperierender Organisationen

Folgende Vertreter kooperierender Organisationen waren an einem ca. einstündigen Gespräch mit der Bewertungsgruppe beteiligt:

Prof. Dr. Wulf **Diepenbrock**

Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg, Halle (Saale)

Prof. Dr. Bruno **Schönfelder**

Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissen-
schaften, TU Bergakademie Freiberg

Prof. Dr. Uwe **Vollmer**

Institut für Theoretische Volkswirtschaftsleh-
re, Professur Geld und Währung, Universität
Leipzig

11.06.2007

Anlage C: Stellungnahme der Einrichtung zum Bewertungsbericht

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Das IWH und sein Wissenschaftlicher Beirat nehmen die Analyse und die Anregungen der Bewertungsgruppe positiv auf und verstehen sie als Empfehlungen zur weiteren Verstärkung des wissenschaftlichen Forschungsprofils des Instituts.

Gegenstand der folgenden Stellungnahme sind die aus unserer Sicht zentralen Punkte, die die Bewertungsgruppe in ihrem Bericht benannt hat: strategische Ausrichtung und Profil des Instituts, Heterogenität des Forschungsauftritts, Publikationsleistung und Drittmittel sowie Kooperationen, insbesondere mit benachbarten Hochschulen.

Strategische Ausrichtung, Profil des Instituts:

Das IWH sieht seine komparativen Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen Wirtschaftsforschungsinstituten in der Fortentwicklung des ursprünglichen Themas „Systemtransformation“. Aus zwei Gründen hat sich jedoch das Institut nach intensiven Beratungen mit dem Wissenschaftlichen Beirat dazu entschieden, die regionalen Arbeitsschwerpunkte weder in dem für die Außendarstellung gewählten Leitthema noch in der Binnenstruktur der Abteilungen optisch in den Vordergrund zu rücken.

- Zum einen ist es Ziel des theoriegeleiteten Arbeitsansatzes des Instituts, die wirtschaftspolitische Analyse der Transformation, die Nach-Transformationsprobleme und deren Beeinflussung durch europäische und internationale Integrationsprozesse deutlich im institutionenökonomischen Modellrahmen zu verorten. Durch diese Betonung der methodischen Kompetenzen und des erweiterten konzeptionellen Zugangs soll vermieden werden, im internationalen Wettbewerb nur als „Regionalinstitut“ mit untergeordneter Bedeutung wahrgenommen zu werden. Unter diesen Prämissen ist das Institut durchaus der Auffassung, dass „transformations- und posttransformationsökonomische Fragestellungen“ im regionalen Rahmen der Neuen Bundesländer sowie Mittel- und Osteuropas ein Alleinstellungsmerkmal für die wirtschaftspolitische Beratung begründen können.
- Zum anderen folgte das Institut den Vorgaben des Wissenschaftsrates, dass die wissenschaftliche Profilbildung der wirtschaftswissenschaftlichen Leibniz-Institute zu erhöhen sei. Als unmittelbare Folge dieser Empfehlung war die Abteilungsstruktur theoretisch-funktional zu ordnen und nicht, wie vordem, in mehrfacher Überschneidung funktionaler, institutioneller und regionaler Zuständigkeiten. Auch die Aufstellung der Industrieökonomik folgt dieser Vorstellung. Die inhaltliche Begründung für die Industrieökonomik ist in Teilen in den erheblichen Schwierigkeiten, im Rahmen von Entwicklungs- und Transformationsprozessen Wettbewerbswirtschaften zu erzeugen, zu finden.

Offensichtlich konnte das IWH mit dieser theoretisch-funktionalen Strukturierung nicht überzeugen, obwohl das Institut – wie auch die Publikationen belegen – seine als bedeutend bezeichnete Kompetenz für Fragen der gesamtdeutschen, insbesondere der ostdeutschen, Wirklichkeit weiterentwickelt, weiter gepflegt und ausgebaut hat – und dies auch in Zukunft tun wird. Das Institut wird aus diesem Grund die Empfehlung zur stärkeren Bindung der strategischen Ausrichtung des Instituts an „transformations- und posttransformationsökonomische Fragestellungen“ mit großer Sorgfalt prüfen. Dabei wird in Abstimmung mit dem Wissenschaftlichen Beirat zu klären sein, wie hinsichtlich der Abteilung „Industrieökonomik“ den in dem Bewertungsbericht gemachten kritischen Einlassungen am besten Rechnung getragen werden kann. Was den Bezug von der Transformationsforschung zur Entwicklungsökonomik, der im Bericht der Bewertungsgruppe hervorgehoben wird, anlangt, so gibt es schon jetzt zwei Forschungsthemen im Forschungsplan 2008; hier deckt sich die Sicht des Instituts mit der der Bewertungsgruppe. Eine Verstärkung dieses Bereichs ist mög-

lich, ohne den Forschungsauftritt durch eine weitere Ausweitung der Themenvielfalt aufzusplittern. Tatsächlich reiht sich die Entwicklungsökonomie in die Analyse des institutionellen Wandels ein.

Heterogenität des Forschungsauftritts:

Die Heterogenität des Forschungsauftritts entsprach aus Sicht des IWH mit seiner detaillierten, nach „Produkten“ geordneten Struktur den Vorgaben, die durch das Programmbudget induziert werden. Dadurch kommt es auch zu Mehrfachnennungen. Die bereits aus der Bewertung bekannte Kritik teilt das Institut; Anpassungen haben bereits Niederschlag in der Forschungsplanung für 2008 gefunden. Weiterhin laufen solche Forschungsprojekte aus, die aus dem Übergang kommen und den Eindruck der Heterogenität verstärken.

Es ist auch zu Bedenken, dass das Institut eine „Mindestheterogenität“ besitzen sollte, um vor

dem Hintergrund einer wettbewerblich vergebenen Auftragsforschung bietfähig zu sein. Aktuell wird dies an den Anforderungen im Rahmen der Ausschreibung der Gemeinschaftsdiagnose besonders sichtbar, wo eine hinreichend breite Aufstellung gefordert ist.

Publikationsleistung, Drittmittel:

Bezogen auf den auch von der Institutsleitung gesetzten Standard liegt die Publikationsleistung gegenwärtig zu niedrig und befriedigt auch nur teilweise die Vorstellungen hinsichtlich der Qualität der referierten Zeitschriften. Allerdings werden die Publikationen im Bericht zu niedrig angesetzt. Für das Jahr 2005 beläuft sich die Quote auf 0,52, was sich aus dem Verhältnis von 17 referierten Zeitschriftenbeiträgen zu 32,875 Wissenschaftlern errechnet. Das Bemühen, die Publikationsleistung in referierten Zeitschriften zu steigern, muss jedoch mit zwei anderen Gesichtspunkten in Einklang gebracht werden, die für ein Forschungsinstitut wie das IWH von großer Bedeutung sind, weil es in ein Netz der wirtschaftswissenschaftlichen Beratung der Politik eingebunden ist: Zum einen ist es oft erforderlich, Forschungsergebnisse als Teil der wirtschaftspolitischen Diskussion zeitnah zu veröffentlichen, was die Auswahl der Zeitschriften beschränkt. Zum anderen nutzt das Institut die eigene Publikationsreihe *Wirtschaft im Wandel* als zentralen Kommunikationskanal zu den Medien, den politischen Institutionen und der wirtschaftspolitisch interessierten Öffentlichkeit. Diese relativ zeitaufwendige Arbeit sieht die Bewertungsgruppe kritisch; sie wird aus unserer Sicht zu wenig gewürdigt. Diese Kategorie von Publikationen erzeugt durch die intensive interne Diskussion als willkommenen Nebeneffekt eine fruchtbare wirtschaftspolitische Diskussionskultur am Institut. Das Institut wird mit dem Wissenschaftlichen Beirat eine auch für die genannten Adressaten positive Lösung des Spannungsverhältnisses anstreben.

Nachdem das Institut die Vorgaben der letzten Bewertung erfüllt hat, die Drittmittelforschung aus EU-Projekten auszuweiten, wird es nun die Antragstellung bei der DFG, FTS u. ä. verstärken. Anträge sind bereits in Bearbeitung.

Kooperationen:

Das Institut teilt die Auffassung der Bewertungsgruppe, wonach die Kooperationsintensität mit der örtlichen Hochschule verbesserungswürdig ist.

Das Institut hat mit einem gewissen Erfolg versucht, dies durch Kooperationsnetzwerke, die auch jenseits der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg liegen, kurzfristig auszuglei-

chen, um insbesondere Betreuer für Promotionsarbeiten zu finden (Partner sind derzeit die Universitäten in Leipzig, Dresden, Freiberg). Ein Graduiertenkolleg zu starten ist aus eigener Kraft nicht möglich. Das Institut ist gegenwärtig mit einem anderen Leibniz-Institut und mit der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Gespräch, ein Graduiertenkolleg aufzubauen, das ressourcenökonomische Fragestellungen in die Transformationsfragestellung integriert.

Das IWH ist auch international gut vernetzt, was sich an den EU-Projekten zeigt oder auch daran zu messen ist, dass der Träger eines Konrad Adenauer-Forschungspreises der Alexander von Humboldt-Stiftung, Prof. Jean-Marie Dufour, *Université de Montréal*, ein Kooperationspartner des IWH ist und am Institut seine Forschungsaufenthalte verbringt. Weiterhin steht das IWH kurz vor dem Abschluss eines Kooperationsabkommens mit CIREQ, einem überuniversitären Forschungsinstitut in Montréal, das die Ressourcen der *Université de Montréal*, der *McGill University* und der *Concordia University* im Bereich der quantitativen Ökonomik bündelt. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden noch in diesem Jahr erste Forschungsprofessuren eingerichtet. Weitere Kooperationen ruhen derzeit, weil beispielsweise entsprechende DFG-Anträge nicht bewilligt wurden.

Neben den wirtschaftspolitischen Workshops und Tagungen wird das IWH künftig die wirtschaftstheoretischen Veranstaltungen („*Macroeconometric Workshop*“, *Workshop „Monetary and Financial Economics*“, „Hallescher *Input-Output-Workshop*“, „Halle *Efficiency and Productivity Workshop*“, „*Regional Analysis Workshop*“, „*Workshop on Regulatory Risk*“) im Verbund mit in- und ausländischen Universitäten durchführen.

Maßnahmen:

Kern der Empfehlungen ist die Fokussierung des Forschungsprofils, aber auch der Außer-darstellung des Instituts auf das Alleinstellungsmerkmal des IWH, das die Bewertungsgruppe in der Analyse der innerdeutschen und europäischen Transformationsprobleme geortet hat. Das IWH wird hierzu Vorschläge erarbeiten und dies, einschließlich erforderlicher personeller und organisatorischer Maßnahmen, mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Vorstandsrat abstimmen. Sitzungstermine beider Gremien sind für Dezember 2007 vereinbart. Was die Frage der Bündelung wissenschaftlicher Aktivitäten betrifft, sind erste Änderungen bereits im Forschungsprogramm 2008 realisiert.